Deutscher Bundestag **Drucksache 15/5531**

15. Wahlperiode 27. 05. 2005

Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 17. Mai 2005 eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Binninger, Clemens (CDU/CSU)	16, 17
Dobrindt, Alexander (CDU/CSU)	22
Dr. Faust, Hans Georg (CDU/CSU)	51
Feibel, Albrecht (CDU/CSU)	26
Fromme, Jochen-Konrad (CDU/CSU)	23
Girisch, Georg (CDU/CSU)	52
Grill, Kurt-Dieter (CDU/CSU)	53, 54
Gröhe, Hermann (CDU/CSU)	1, 2, 3, 4
Günther, Joachim (Plauen) (FDP)	34, 35, 36, 37
Koppelin, Jürgen (FDP)	49, 50
Köhler, Kristina (Wiesbaden) (CDU/CSU)	8, 9
Kretschmer, Michael (CDU/CSU)	10
Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine (FDP)	18, 19, 20
Mayer, Stephan (Altötting) (CDU/CSU)	11, 24
Dr. Nüßlein, Georg (CDU/CSU)	12, 13
Otto, Eberhard (Godern) (FDP)	38, 39, 40
Piltz, Gisela (FDP)	21
Polenz, Ruprecht (CDU/CSU)	27
Raab, Daniela (CDU/CSU)	5, 6
Dr. Röttgen, Norbert (CDU/CSU)	15
Rupprecht, Albert (Weiden) (CDU/CSU)	41
Schirmbeck, Georg (CDU/CSU)	28, 29, 30
Schummer, Uwe (CDU/CSU)	42
Sebastian, Wilhelm Josef (CDU/CSU)	43, 44
Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	25
Spahn, Jens (CDU/CSU)	31
Dr. Stinner, Rainer (FDP)	7, 55
Türk, Jürgen (FDP)	32, 33
Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	56
Dr. Wissing, Volker (FDP)	14
Wittlich, Werner (CDU/CSU)	45, 46, 47, 48

Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

Gröhe, Hermann (CDU/CSU)
Einsatz der Bundesregierung für Religionsfreiheit in der Volksrepublik China 1

Religionsfreiheit als Gegenstand des Rechtsstaats- und Menschenrechtsdialogs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China sowie des Dialogs zwischen der Europäischen Union und China 1

Abschluss des Ratifikationsverfahrens zum internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte durch die Volksrepublik China 2

Religionsfreiheit in Tibet und Lhasa vor dem Hintergrund der kürzlich erfolgten Reise des Präsidenten des Deutschen Bundestages 2

Raab, Daniela (CDU/CSU)
Anstieg osteuropäischer Immigranten und von Sklavenhaltung zur Zwangsprostitution in Verbindung mit der Niederlassung von Mafiabanden aus Russland und der Ukraine bzw. mit der in Portugal als terroristische Vereinigung eingestuften Borman-Gruppe in der EU vor dem Hintergrund der Vergabetechnik von Schengen-Visa durch die deutsche Botschaft in Kiew 3

Ermordung von Arbeitern oder Zwangsprostituierten mit erschlichenem Schengen-Visa 3

Dr. Stinner, Rainer (FDP)
Beteiligung an der Vorbereitungshilfe für die Parlamentswahl in Albanien am 3. Juli 2005 3

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

Köhler, Kristina (Wiesbaden) (CDU/CSU)
Aufschlüsselung nach genauem Alter der Antragstellerinnen der im Bericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über den Familiennachzug aus der Türkei vom März 2005 aufgeführten Altersgruppen weiblicher Antragstellerinnen 4

Seite

Kretschmer, Michael (CDU/CSU)
Überprüfung von Mitarbeitern der Bundesregierung auf eine frühere Tätigkeit für die Stasi bzw. eine Mitgliedschaft in der SED, davon heute noch im Staatsdienst 5

Mayer, Stephan (Altötting) (CDU/CSU)
Nichtbeachtung der Aufforderung von Integrationskursen seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 . . 6

Dr. Nüßlein, Georg (CDU/CSU)
Einreise für deutsche Staatsbürger in die USA ab dem 26. Oktober 2005 nur mit biometrischen Reisepässen 6

Dr. Wissing, Volker (FDP)
Teilnahme von Mitgliedern bzw. Staatssekretären der Bundesregierung an Fortbildungsmaßnahmen in der 14. Wahlperiode . . 7

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

Dr. Röttgen, Norbert (CDU/CSU)
Dauer eines Patentprüfungsverfahren beim Deutschen Patent- und Markenamt 7

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

Binninger, Clemens (CDU/CSU)
Zahlung einer einmaligen Ausgleichszahlung für die Postbeamtenkrankenkassen durch die Postnachfolgeunternehmen im Rahmen des Gesetzes zur Reorganisation der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost; Erhöhung der Beiträge; Anstieg des Marktwerts der Aktien der privaten Postunternehmen . . . 8

Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine (FDP)
Rückzahlungsforderungen der EU-Kommission an Deutschland von EU-Agrargeldern 8

Seite

Piltz, Gisela (FDP)
Zur Weitergabe von Kontostammdaten berechtigte nachgeordnete Behörden des BMF 10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

Dobrindt, Alexander (CDU/CSU)
Teilnahme des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit an den Tagungen des Wettbewerbsfähigkeitsrates und am politischen Meinungsaustausch mit seinen europäischen Kollegen anlässlich der Ratstagung 11

Fromme, Jochen-Konrad (CDU/CSU)
Fortsetzung des Lehrverhältnisses bei Insolvenz des Unternehmens 12

Mayer, Stephan (Altötting) (CDU/CSU)
Höhe der von Auftragnehmern von Bauleistungen 2003 und 2004 gemäß § 1a Arbeitnehmer-Entsendegesetz erbrachten Haftungsleistungen, Insolvenz des Auftragnehmers durch die Bürgenhaftung 12

Singhammer, Johannes (CDU/CSU)
Auswirkungen der Legalisierungsaktion Spaniens für illegale Zuwanderer für Deutschland in den kommenden zehn Jahren 13

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

Feibel, Albrecht (CDU/CSU)
Anzahl der weiterhin Sozialhilfe beziehenden Personen, Höhe des Sozialhilfesatzes . . 14

Polenz, Ruprecht (CDU/CSU)
Vorlage der Ergebnisse der Expertengruppe „Anwendung von Arzneimitteln außerhalb des zugelassenen Indikationsbereiches“ 16

Seite

Schirmbeck, Georg (CDU/CSU)
Ergebnisse der Studie des Instituts für Therapie- und Gesundheitsforschung Kiel zur Auswirkung der Tabaksteuererhöhung vom März 2004 17

Spahn, Jens (CDU/CSU)
Praxis der beitragsfreien Mitversicherung von Familienangehörigen bei Vielehen seit dem 1. April 2005 18

Türk, Jürgen (FDP)
Ungerechtigkeiten bei der Rentenversorgung der Angestellten des höheren Dienstes und Professoren in Ostdeutschland 19

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Günther, Joachim (Plauen) (FDP)
Sanierung des 1999 in Berlin fertig gestellten 3. Gebäudeteils des BMVBW; Auswirkungen; Kosten 20

Otto, Eberhard (Godern) (FDP)
Baumängel am 3. Gebäudeteil des BMVBW in Berlin; Sanierungskosten 21

Rupprecht, Albert (Weiden) (CDU/CSU)
Befreiung regionaler Unternehmen für ein Autobahnteilstück von der Maut-Pflicht bei keiner anderen Möglichkeit der Stadtumgehung 23

Schummer, Uwe (CDU/CSU)
Aufstockung des Betrages zum Bau von Lärmschutzanlagen an bestehenden Schienenstrecken 23

Sebastian, Wilhelm Josef (CDU/CSU)
Finanzierung von Sanierungsmaßnahmen an Brückenbauwerken im Zuge von Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen aus dem zusätzlichen Verkehrs-Infrastrukturprogramm 24

Wittlich, Werner (CDU/CSU)
Mittel aus dem Investitionsprogramm der Bundesregierung für Straßenbauprojekte in den Landkreisen Neuwied und Altenkirchen sowie Förderung der Bundesstraße B 256 (Ortsumgehung Rengsdorf) 25

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Koppelin, Jürgen (FDP)
Vergabe von Forschungsarbeiten und Gutachteraufträgen durch das Bundesamt für Strahlenschutz seit 2001; Kosten 26

Dr. Faust, Hans Georg (CDU/CSU)
Konsequenzen aus dem Abbruch der Familien-Bluttest-Kampagne des World Wide Fund for Nature durch das finnische Gesundheitsministerium wegen der Einstufung des Tests als medizinische Forschung und der Genehmigungspflicht 36

Girisch, Georg (CDU/CSU)
Anzahl der künftig gestrichenen Gesetze und Rechtsverordnungen im Zuständigkeitsbereich des BMU, Vergleich zu 1998 .. 36

Seite

Grill, Kurt-Dieter (CDU/CSU)
Größe der Kollektorfläche zur Ersetzung von 10 Prozent der Primärenergie aus fossilen Energieträgern durch Solarthermie bzw. Photovoltaik 37

Mitverantwortung der friedlichen Nutzung der Kernenergie für die Todesopfer im Irak-Krieg 38

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Stinner, Rainer (FDP)
Finanzielle Unterstützung von Projekten in Albanien 38

Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)
Verzögerungen beim Eingang der internationalen Finanzhilfen in Haiti, Höhe der nach Haiti bereits geflossenen Finanzhilfen der EU 39

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter **Hermann Gröhe** (CDU/CSU)

In welcher Form setzt sich die Bundesregierung konkret für Religionsfreiheit in der Volksrepublik China ein, insbesondere im Hinblick auf die Situation von Gläubigen nicht registrierter christlicher Hauskirchen und von Mitgliedern der muslimischen Volksgruppe der Uighuren, die Repressalien und Verfolgung ausgesetzt sind, wie dies z. B. die Verhaftung von sieben Priestern der katholischen Untergrundkirche am 27. April 2005 (Meldung Katholische Nachrichten Agentur vom 28. April 2005) und die zunehmenden Inhaftierungen von Uighuren wegen angeblicher religiöser Delikte und Vergehen gegen die Staatssicherheit und deren Umerziehung in Arbeitslagern (Bericht Human Rights Watch „Devastating Blows: Religious Repression of Uighurs in Xinjiang“ vom 12. April 2005) zeigt?

Antwort der Staatsministerin Kerstin Müller vom 13. Mai 2005

Die Bundesregierung spricht die schwierige Lage der Menschenrechte in der Volksrepublik China bei allen sich bietenden Gelegenheiten gegenüber der chinesischen Regierung an. Dazu gehört sowohl die Diskriminierung und Verfolgung von Christen in der Volksrepublik China – insbesondere von Angehörigen der Rom treuen katholischen Untergrundkirche sowie der protestantischen „Hauskirchen“ – als auch die Lage der uighurischen Minderheit in der Volksrepublik China. So hat der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, in seiner Rede vor der 61. Sitzung der Genfer Menschenrechtskommission im März 2005 im Namen der Bundesregierung von China ein Ende der Repressionen gegen Mitglieder von christlichen Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften sowie gegen Minderheiten gefordert. Bei dem Ende Mai in Peking stattfindenden bilateralen Menschenrechtsdialog mit der Volksrepublik China werden beide Themen ebenso wie die Frage der Abschaffung der Administrativhaft diskutiert werden. Sowohl die Bundesregierung als auch die EU werden sich auch weiterhin für die Verwirklichung der Religionsfreiheit und insbesondere für ein Ende der Verfolgung nicht registrierter Religionsgemeinschaften in China einsetzen.

2. Abgeordneter **Hermann Gröhe** (CDU/CSU)

Inwiefern ist das Thema Religionsfreiheit Gegenstand des Rechtsstaats- und Menschenrechtsdialogs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China sowie des Dialogs zwischen der Europäischen Union und der Volksrepublik China, z. B. im Rahmen des Treffens der EU-Troika mit der Volksrepublik China am 8. Mai 2005?

Antwort der Staatsministerin Kerstin Müller
vom 13. Mai 2005

Die Frage der Religionsfreiheit ist Thema sowohl des deutsch-chinesischen Menschenrechtsdialogs als auch des zuletzt am 24. und 25. Februar 2005 tagenden Menschenrechtsdialogs der EU mit der Volksrepublik China. Am 8. Mai 2005 fand kein Treffen der EU-Troika mit der Volksrepublik China statt.

3. Abgeordneter **Hermann Gröhe** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Wahrscheinlichkeit eines zügigen Abschlusses des Ratifikationsverfahrens zum internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPübpR) durch die Volksrepublik China auch in Anbetracht der Tatsache, dass der Registrierungszwang für Glaubensgruppen in der Volksrepublik China einer freien Ausübung der Religionsfreiheit im Sinne von Artikel 18 IPübpR entgegensteht?

Antwort der Staatsministerin Kerstin Müller
vom 13. Mai 2005

Die chinesische Regierung hat Ende 2003 eine Task Force eingesetzt, um die Umsetzung des Zivilpakts in innerstaatliches Recht voranzutreiben. Die EU unterstützt diesen Prozess. Bei der letzten Sitzung des EU-Menschenrechtsdialogs am 24. und 25. Februar 2005 unterstrich die chinesische Seite ihre Absicht, möglichst zügig die Voraussetzung für die Ratifikation zu schaffen, nannte dabei allerdings keinen Zeitplan.

4. Abgeordneter **Hermann Gröhe** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund der kürzlich erfolgten Reise des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Wolfgang Thierse, nach Tibet und Lhasa die Religionsfreiheit in Tibet und Lhasa (vgl. Berichterstattung im TAGESSPIEGEL vom 1. Mai 2005)?

Antwort der Staatsministerin Kerstin Müller
vom 13. Mai 2005

Nach Einschätzung der Bundesregierung ist in offiziellen, Besuchern zugänglichen, religiösen Institutionen in Tibet eine ungestörte, wohl aber kontrollierte Religionsausübung möglich. Es besteht eine ungebrochene individuelle Religiosität der Tibeter. Bedeutende strukturelle Behinderungen des vor allem durch Einweisung und Lehre in Klöstern getragenen Lamaismus bleiben jedoch bestehen. Nach Informationen der Bundesregierung werden Klosterbeitritte vor Vollendung des 16. Lebensjahres effektiv verhindert. Auch bestehen quantitative Beschränkungen für Mönche und Nonnen auf das laut Formulierung

des Weißbuchs der chinesischen Regierung „für die normale religiöse Versorgung der Bevölkerung erforderliche Maß“.

5. Abgeordnete **Daniela Raab** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung, vor dem Hintergrund der Vergabetechnik von Schengen-Visa durch die deutsche Botschaft in Kiew seit den Jahren 2001/2002, Kenntnis über in die Höhe geschnellte Zahlen osteuropäischer Immigranten und einen Anstieg von Sklavenhaltung zur Zwangsprostitution, in Verbindung mit der Niederlassung von Mafiabanden aus Russland und der Ukraine, beziehungsweise mit der in Protugal als terroristische Vereinigung eingestuften Borman-Gruppe, in anderen Ländern der Europäischen Union (Berliner Zeitung vom 3. März 2005), und wenn ja, welche?

Antwort der Staatsministerin Kerstin Müller vom 13. Mai 2005

Der Bundesregierung liegen keine gesicherten Zahlen zu den in der Frage angesprochenen Phänomen in anderen Ländern der Europäischen Union vor.

6. Abgeordnete **Daniela Raab** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung über ermordete Arbeiter oder Zwangsprostituierte, die von Deutschland erschlichene Schengen-Visa besaßen, Kenntnis (Berliner Zeitung vom 28. Februar 2005), und wenn ja, welche?

Antwort der Staatsministerin Kerstin Müller vom 13. Mai 2005

Über den dem 2. Untersuchungsausschuss der 15. Wahlperiode des Deutschen Bundestages vorliegenden so genannten Wostok-Bericht (Sonderauswertung Wostok des Bundeskriminalamtes vom 29. Dezember 2003) hinausgehende gesicherte Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hierzu nicht vor.

7. Abgeordneter **Dr. Rainer Stinner** (FDP)

Beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland an der Vorbereitungshilfe für die Parlamentswahl in Albanien am 3. Juli 2005, und wenn ja, auf welche Weise?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Klaus Scharioth vom 17. Mai 2005

Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich maßgeblich an der Unterstützung für die bevorstehenden Parlamentswahlen in Albanien. Die Bundesregierung arbeitet dazu eng mit der OSZE zusammen, die

intensiv in die Vorbereitung von freien und transparenten Wahlen in Albanien eingebunden ist. Deutschland wird an der vorgesehenen umfangreichen Beobachtermission für die Parlamentswahlen personell wie finanziell wesentlich beteiligt sein und unterstützt in diesem Zusammenhang mehrere Projekte zur Erhöhung der Wahlbeteiligung und zur Stärkung transparenter Verfahren in Albanien.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

8. Abgeordnete **Kristina Köhler (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die im Bericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über den Familiennachzug aus der Türkei vom März 2005 unter Punkt 1.1 aufgeführten Altersgruppen weiblicher Antragstellerinnen („16 bis 25 Jahre“ und „Übrige“) nach genauem Alter der Antragstellerinnen, nicht allein nach Altersgruppen, aufschlüsseln, oder hat sie, falls eine Aufschlüsselung der in diesem Bericht genannten Daten nicht möglich ist, andere oder weitergehende Erkenntnisse darüber, wie sich die Gruppe derjenigen weiblichen Antragstellerinnen aus der Türkei, die in den Jahren 2003 und 2004 eine Aufenthaltsgenehmigung für die Bundesrepublik Deutschland in Form eines Visums zum Zwecke der Familienzusammenführung beantragt haben, nach genauem Alter, nicht allein nach Altersgruppe, und Anzahl verteilt?

Antwort des Staatssekretärs Lutz Diwell vom 17. Mai 2005

Eine detaillierte Aufschlüsselung zu den weiblichen Antragstellern (gesamt 169) über die Darstellung in Abschnitt 3.1 hinaus ist nicht möglich.

9. Abgeordnete **Kristina Köhler (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die unter Punkt 1.2 des Berichtes dargestellte Verteilung nach Art der Familienzusammenführung bei weiblichen Antragstellerinnen („Zuzug zu Ehepartner“ und „Zuzug zu Eltern oder Kindern“) nach genauem Alter der Antragstellerinnen, nicht allein nach Altersgruppen, aufschlüsseln, oder hat sie, falls diese Aufschlüsselung nicht möglich ist, andere oder weitergehende Erkenntnisse darüber, wie sich die Gruppe derjenigen weiblichen Antragstellerinnen aus der Türkei, die in den Jahren 2003 und 2004 eine Aufenthaltsgenehmigung für die Bundesrepublik Deutschland in Form eines Visums zum Zwe-

cke der Familienzusammenführung aus Gründen des Zuzuges zum Ehepartner beantragt haben, nach genauem Alter, nicht allein nach Altersgruppe, und Anzahl verteilt?

Antwort des Staatssekretärs Lutz Diwell vom 17. Mai 2005

Zum genauen Profil der Antragstellerinnen wird auf die einzelnen Angaben im Abschnitt 3 des Berichts verwiesen, eine weitergehende Untergliederung (etwa Alter der Antragstellerinnen bei den Antworten auf die jeweiligen Einzelfragen) wurde nicht vorgenommen.

10. Abgeordneter **Michael Kretschmer** (CDU/CSU)

Inwieweit sind die Mitarbeiter der Bundesregierung und der nachgeordneten Behörden auf ihre Tätigkeit im Ministerium für Staatssicherheit der DDR bzw. auf eine Mitgliedschaft in der SED überprüft worden, und wie viele dieser Mitarbeiter, auf die eine der beiden Kriterien zutrifft, sind heute noch im Staatsdienst tätig?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Göttrik Wewer vom 10. Mai 2005

Aufgrund eines Kabinettsbeschlusses aus dem Jahr 1979 werden Bewerberinnen und Bewerber bei ihrem Eintritt in die Bundesverwaltung auf ihre Verfassungstreue überprüft, wenn konkrete Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Aktivität oder Grundhaltung vorliegen.

Durch den Einigungsvertrag wurde festgelegt, dass eine generelle Überprüfung der Verfassungstreue für alle Bewerberinnen und Bewerber aus den neuen Bundesländern durchgeführt werden sollte. Bei einer Tätigkeit für das MfS war grundsätzlich davon auszugehen, dass Zweifel bestanden. Allerdings erfolgte auch hier eine Einzelfallprüfung, die bei Vorliegen besonderer Umstände eine Übernahme in den öffentlichen Dienst nicht ausschloss. Im Jahr 2000 wurde diese Praxis an die Altersstruktur der Bewerber angepasst, da die Wahrscheinlichkeit einer Tätigkeit für das MfS tatsächlich immer geringer wurde.

Die bloße Mitgliedschaft in der SED war bei der Verfassungstreue-Prüfung grundsätzlich unerheblich, außer es handelte sich um Repräsentanten des früheren Systems, wie z. B. hauptamtliche Mitarbeiter oder herausgehobene Funktionäre und Funktionsträger in Massenorganisationen.

Der Bundesregierung sind keine Fälle von Beschäftigten in der Bundesverwaltung bekannt, die Mitglied der SED waren bzw. für das MfS gearbeitet haben und bei denen Zweifel an der Verfassungstreue bestehen.

11. Abgeordneter **Stephan Mayer (Altötting)** (CDU/CSU)

Wie viele Immigranten sind der Aufforderung von Integrationskursen seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 nicht gefolgt, und in wie vielen Fällen werden Sanktionen verhängt?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Ute Vogt vom 13. Mai 2005

Dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bundesamt) wurden seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes von den Ausländerbehörden insgesamt 13 346 ausgestellte Teilnahmeverpflichtungen nach § 44a AufenthG angezeigt (Stand: 30. April 2005). Die Kontrolle der tatsächlichen Erfüllung der Teilnahmeverpflichtung, d. h. fristgerechte Anmeldung bei einem Kursträger, und die Verhängung von Sanktionen bei Nichtteilnahme am Integrationskurs obliegt nach § 44a Abs. 3 AufenthG ausschließlich den Ausländerbehörden. Der Bundesregierung/dem Bundesamt liegen daher keine weiteren Erkenntnisse vor.

12. Abgeordneter **Dr. Georg Nüßlein** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass für deutsche Staatsbürger ohne biometrische Reisepässe bei einer Einreise in die USA die Visa-Freiheit ab dem 26. Oktober 2005 nicht mehr gelten soll?

Antwort des Staatssekretärs Lutz Diwell vom 17. Mai 2005

Die visafreie Einreise der Bundesbürger in die USA ist abhängig von der weiteren Teilnahme Deutschlands am amerikanischen Visa-Waiver-Programm. Die USA haben festgelegt, dass nach dem 26. Oktober 2005 nur solche Länder weiter an dem Visa-Waiver-Programm teilnehmen werden, die bis zu diesem Zeitpunkt ein Programm zur Einführung biometrischer Pässe mit auf einem Chip gespeicherten Gesichtsbild aufgelegt haben.

Deutsche Staatsbürger können auch nach dem 26. Oktober 2005 visumfrei in die USA einreisen, wenn neu ausgestellte Pässe mit Biometrie versehen werden. Bereits ausgegebene Reisepässe berechtigen bis zum Ablauf ihrer Gültigkeit zur visumfreien Einreise in die USA.

13. Abgeordneter **Dr. Georg Nüßlein** (CDU/CSU)

Trifft es weiterhin zu, dass die Bundesregierung den Zeitplan für die Einführung von Reisepässen mit biometrischen Merkmalen bis zum 26. Oktober 2005 nicht einhalten kann, und was gedenkt sie vor diesem Hintergrund zu unternehmen, um den deutschen Staatsbürgern gegebenenfalls ab dem 26. Oktober 2005 weiter eine visumsfreie Einreise in die USA zu ermöglichen?

Antwort des Staatssekretärs Lutz Diwell
vom 17. Mai 2005

Die Bundesregierung geht von der Einhaltung des Zeitplans und einem Beginn der Ausgabe von Pässen mit dem auf einem Chip gespeicherten Gesichtsbild ab Herbst 2005 aus.

14. Abgeordneter **Dr. Volker Wissing** (FDP)

Welche Mitglieder bzw. Staatssekretärinnen oder Staatssekretäre der Bundesregierung haben seit Beginn der 14. Legislaturperiode an einer Fortbildung teilgenommen, und um welche Fortbildungsmaßnahme hat es sich dabei jeweils gehandelt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Fritz Rudolf Körper
vom 18. Mai 2005

Über Fortbildungsmaßnahmen von Mitgliedern der Bundesregierung und Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Staatssekretären wird keine Statistik geführt.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

15. Abgeordneter **Dr. Norbert Röttgen** (CDU/CSU)

Wie lange dauert durchschnittlich ein Patentprüfungsverfahren beim Deutschen Patent- und Markenamt, und wie ist diese Dauer im europäischen und internationalen Vergleich einzuordnen?

Antwort der Bundesministerin Brigitte Zypries
vom 17. Mai 2005

Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer eines Patentprüfungsverfahrens beträgt im Deutschen Patent- und Markenamt nach dem auch im Europäischen Patentamt maßgeblichen Medianwert (Zentralwert) 33 Monate. Im Vergleich hierzu beträgt die Bearbeitungsdauer im Europäischen Patentamt nach vorläufigen Angaben 46 Monate.

Vergleichbare Werte anderer Patentämter liegen dem Bundesministerium der Justiz nicht vor.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

16. Abgeordneter **Clemens Binninger** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung mit dem Ersten Gesetz zur Reorganisation der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost (1. BAnstReorgG), dass die Postnachfolgeunternehmen eine einmalige Ausgleichszahlung leisten, um den fehlenden Mitgliederzuwachs der Postbeamtenkrankenkassen finanziell bis zu deren Schließung auszugleichen, und ist in diesem Zusammenhang ein Anstieg der Beiträge der Postruhestandsbeamten zur Postbeamtenkrankenkasse geplant, obwohl nach Zielsetzung des Gesetzesvorhabens die Mitglieder der Kasse nicht zusätzlich belastet werden sollen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Karl Diller vom 17. Mai 2005

Der Entwurf des Ersten Gesetzes zur Reorganisation der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost ist zwischen den Bundesressorts abgestimmt und befindet sich in der Zuleitung zum Bundeskabinett. Kernpunkt dieses Gesetzes ist eine differenzierte Neuordnung der Finanzierungsstruktur der Postbeamtenkrankenkasse, getragen durch die Post-Aktiengesellschaften und die Versicherten, die den Bestand der Kasse bis zu ihrem Abwicklungsende sicherstellen soll. Die von Ihnen formulierte Zielsetzung des Gesetzes ist hier nicht bekannt.

17. Abgeordneter **Clemens Binninger** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung hierdurch einen höheren Marktwert der Aktien der privatisierten Postunternehmen zu erreichen, so dass die künftige Versorgung der Postruhestandsbeamten nach einer Veräußerung der Postaktien ggf. zu Lasten des allgemeinen Haushalts erfolgt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Karl Diller vom 17. Mai 2005

Die von Ihnen formulierte Absicht besteht nicht. Eine Kausalität zur künftigen Versorgung der Ruhestandsbeamten ist nicht ersichtlich.

18. Abgeordnete **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** (FDP)

Aus welchen konkreten Fällen bei den Ausfuhrerstattungen (13,82 Mio. Euro) und der öffentlichen Lagerhaltung (3,86 Mio. Euro) ergeben sich die Rückzahlungsforderungen der EU-Kommission an Deutschland an EU-Agrargeldern?

Antwort des Staatssekretärs Gerd Ehlers
vom 20. Mai 2005

Die Feststellungen der Europäischen Kommission zu Ausfuhrerstattungen beruhen auf zwei Kontrollbesuchen (November 2000 und Januar 2001) in Deutschland. Gegenstand der Untersuchungen war die Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 615/98 und die Einhaltung der Richtlinie 91/628/EWG zum Schutz lebender Rinder in Deutschland bei Eisenbahn- und Straßentransporten. Auf die Straßentransporte entfällt eine Rückforderung in Höhe von 2 247 353,81 Euro, auf die Eisenbahntransporte in Höhe von 11 576 468,42 Euro.

Die Rückzahlungsforderung der Europäischen Kommission in Höhe von 3,86 Mio. Euro im Bereich der öffentlichen Lagerhaltung basiert auf einem Prüfbesuch im Juni 2002. Prüfungsgegenstand war der Ankauf zur Intervention (Ausschreibungsverfahren und Anlieferung) von nicht entbeintem und entbeintem Fleisch bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.

19. Abgeordnete **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** (FDP)

Welche Bundesländer sind von den Rückzahlungsforderungen betroffen?

Antwort des Staatssekretärs Gerd Ehlers
vom 20. Mai 2005

Von der Rückzahlung sind die Bundesländer nicht betroffen, weil die Ausfuhrerstattungen durch die Zahlstelle des Bundesministeriums der Finanzen (Hauptzollamt Hamburg-Jonas) und die öffentliche Lagerhaltung durch die Zahlstelle des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung) abgewickelt werden.

20. Abgeordnete **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** (FDP)

In welcher Höhe und mit welcher Begründung wurden Rückzahlungsforderungen in den vergangenen Jahren von der EU-Kommission an Deutschland gestellt?

Antwort des Staatssekretärs Gerd Ehlers
vom 20. Mai 2005

Die Europäische Kommission führt in Deutschland im Bereich der Abteilung Garantie des EAGFL jährlich etwa 10 bis 15 Prüfreisen durch. In vielen Fällen gab es keine Beanstandungen der Kommission. In einigen Fällen konnte die Höhe der Rückzahlungsforderungen gemindert werden.

Der nachfolgenden Tabelle können für die letzten Jahre die Bereiche und die Höhe der Anlastungen entnommen werden, die mit unterschiedlichen Verstößen gegen Gemeinschaftsrecht begründet wurden:

Jahr	Bereich	Höhe der Anlastung €	Insgesamt €
2000	Ausfuhrerstattungen Tierprämien Ackerkulturen Sonderprämie für Rindfleisch	21 872 393,99 4 932 258,00 12 847 279,22 1 452 098,60	**41 104 029,81**
2001	Ackerkulturen Ausfuhrerstattungen Tierprämien Extensivierungsprämie	1 033 338,79 20 850 216,69 371 162,11 1 979 006,81	**24 233 784,40**
2002	–	0,00	**0,00**
2003	Ackerkulturen Tierprämien Unregelmäßigkeiten Bescheinigungsverfahren 2001	26 446 505,00 804 200,60 848 624,83 928 438,41	**29 027 768,84**
2004	Wein Ackerkulturen Bescheinigungsverfahren 2001	118 262,17 7 378 659,00 73 919,00	**7 570 840,17**

21. Abgeordnete **Gisela Piltz** (FDP)

Welche dem Bundesministerium der Finanzen nachgeordneten Behörden geben bei der Abfrage von Kontostammdaten durch ein Finanzamt die entsprechenden Daten an welche Behörden weiter?

Antwort des Staatssekretärs Volker Halsch vom 19. Mai 2005

Das Bundesamt für Finanzen übermittelt die nach § 93 Abs. 7 und 8 i. V. m. § 93b AO erhobenen Kontostammdaten an die Behörden oder Gerichte, die dazu befugt sind, einen Kontenabruf zu veranlassen. Diese Behörde oder dieses Gericht trägt die Verantwortung für die Zulässigkeit des Datenabrufs (§ 93b Abs. 3 AO).

Im Fall des § 93 Abs. 7 AO können nur die Finanzbehörden im Sinne des § 6 Abs. 2 AO um einen Kontenabruf ersuchen, die sachlich und örtlich für die Festsetzung oder Erhebung von Steuern zuständig sind. Dies sind nach den Regelungen des Finanzverwaltungsgesetzes und der Abgabenordnung im Regelfall die Finanzämter und die Hauptzollämter.

Im Fall des § 93 Abs. 8 AO können solche Behörden oder Gerichte, die für die Anwendung eines Gesetzes, das an Begriffe des Einkommensteuergesetzes anknüpft, zuständig sind, das Bundesamt für Finanzen über das nach § 19 AO für die Besteuerung des Betroffenen zuständige Finanzamt um die Durchführung eines Kontenabrufs ersuchen. Die sachliche und örtliche Zuständigkeit dieser Behörden und

Gerichte richtet sich nach den hierfür maßgebenden Rechtsvorschriften. Bei Landesbehörden bestimmt sich die Zustimmigkeit grundsätzlich nach Landesrecht.

Bei einem Kontenabruf nach § 93 Abs. 8 AO übermittelt das Bundesamt für Finanzen das Ergebnis des durchgeführten Kontenabrufs über das Finanzamt, über das der Kontenabruf veranlasst wurde, an die zuständige Behörde oder das zuständige Gericht.

Durch organisatorische Regelungen, die zwischen dem Bundesministerium der Finanzen und den obersten Finanzbehörden der Länder abgestimmt sind, wird sichergestellt, dass die Finanzämter im Fall des § 93 Abs. 8 AO keine Kenntnis vom Ergebnis des Kontenabrufs erlangen.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

22. Abgeordneter **Alexander Dobrindt** (CDU/CSU)

Wann genau hat der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, entsprechend der Antwort des Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Bernd Pfaffenbach, vom 29. April 2005 auf meine schriftliche Frage 34 auf Bundestagsdrucksache 15/5434 an den Tagungen des Wettbewerbsfähigkeitsrates und wann am politischen Meinungsaustausch mit seinen europäischen Kollegen in informellem Rahmen anlässlich der Ratstagung teilgenommen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ditmar Staffelt vom 18. Mai 2005

Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, hat in dem fraglichen Zeitraum an folgenden Ratstagungen teilgenommen:

- Formelle Ratstagung „Wettbewerbsfähigkeit“ am 3. März 2003
- Formelle Ratstagung „Wettbewerbsfähigkeit“ am 25./26. November 2004 sowie informeller politischer Meinungsaustausch anlässlich dieser Ratstagung am 24. November 2004
- Formelle Ratstagung „Wettbewerbsfähigkeit“ am 7. März 2005 sowie informeller politischer Meinungsaustausch anlässlich dieser Ratstagung am 6. März 2005.

Weiter hat der Bundesminister den informellen politischen Meinungsaustausch mit seinen europäischen Kollegen

- am 23. September 2004 (anlässlich der Ratstagung „Wettbewerbsfähigkeit“ am 24. September 2004) und
- am 17. April 2005 (anlässlich der Ratstagung „Wettbewerbsfähigkeit“ am 18. April 2005)

geführt.

23. Abgeordneter **Jochen-Konrad Fromme** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die Bundesagentur für Arbeit Lehrlinge, deren Lehrlingsverhältnis wegen Insolvenz des Unternehmens unterbrochen wird, als normale Abbrecher behandelt und innerhalb kürzester Zeit dazu veranlasst, in ausbildungs- oder arbeitsfördernde Maßnahmen zu gehen, obwohl noch Bestrebungen laufen, für sie ein neues Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis zu finden, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Fortsetzung von Lehrverhältnissen zu unterstützen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Gerd Andres vom 17. Mai 2005

Für die Bundesagentur für Arbeit hat der Abschluss einer Ausbildung – wie in der Vergangenheit auch – absolute Priorität. Das gilt insbesondere bei Abbruch des Ausbildungsverhältnisses wegen Insolvenz des Ausbildungsbetriebes. Deshalb hat die Suche nach einem Ausbildungsplatz zur Fortführung und Beendigung des Ausbildungsverhältnisses Vorrang vor Maßnahmen der Ausbildungs- und Arbeitsförderung. Es ist nicht auszuschließen, dass im Einzelfall derartige Maßnahmen zur Überbrückung und zum Erhalt der erworbenen Kenntnisse angeboten werden. In der Bundesagentur für Arbeit gibt es weder anders lautende Weisungen noch liegen Hinweise vor, die eine andere Vorgehensweise der Arbeitsagenturen vor Ort vermuten lassen.

24. Abgeordneter **Stephan Mayer (Altötting)** (CDU/CSU)

In welcher Höhe sind die Auftragnehmer von Bauleistungen in den Jahren 2003 und 2004 gemäß § 1a des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG), nach dem sie den von ihnen beauftragten Nachunternehmern obliegenden Verpflichtungen gegenüber den Sozialversicherungsträgern, Krankenkassen, Sozialkassen-Bau, Berufsgenossenschaften und Arbeitnehmern vollumfänglich nachzukommen haben, zur Haftung herangezogen worden, und in wie vielen Fällen hat die Bürgenhaftung gemäß § 1a AEntG zur Insolvenz des Auftragnehmers geführt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Gerd Andres vom 19. Mai 2005

§ 1a AEntG begründet entgegen Ihrer Annahme keine Haftung für Verpflichtungen des Nachunternehmers gegenüber den Sozialversicherungsträgern, Krankenkassen und Berufsgenossenschaften, sondern lediglich für Urlaubskassenbeiträge und für Ansprüche von Arbeitnehmern auf Zahlung des tarifvertraglichen Mindestlohns.

Nach Auskunft der Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft sind gegenüber Zahlungspflichtigen nach § 1a AEntG im Jahr 2003 Forderungen in Höhe von 4 702 028,43 Euro geltend gemacht worden; im Jahr 2004 beliefen sich die Forderungen auf 3 986 095,94 Euro.

Bezüglich der Haftung für ausstehende tarifvertragliche Mindestlohnansprüche ist darauf hinzuweisen, dass hier – wie auch sonst bei der Geltendmachung von Ansprüchen zwischen zwei Privat-Personen – eine statistische Erfassung nicht erfolgt. Der Bundesregierung ist lediglich ein Fall bekannt geworden, in dem ein portugiesischer Arbeitnehmer unter Berufung auf § 1a AEntG ausstehende Lohnansprüche in Höhe von 4 019,23 DM gegen den Auftraggeber seines Arbeitgebers geltend gemacht hat. Bei diesem Fall handelte es sich um die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 12. Oktober 2004 (Rechtssache C-60/03), in der der Gerichtshof festgestellt hat, dass die Bürgenhaftung nach dem AEntG mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar ist. Weder in diesem konkreten Fall noch in den bei der Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft bearbeiteten Fällen ist der Bundesregierung ein konkreter Fall bekannt geworden, bei dem Zahlungsverpflichtungen nach § 1a AEntG ursächlich für die Insolvenz des Auftragnehmers waren.

25. Abgeordneter **Johannes Singhammer** (CDU/CSU)

Welche Wirkungen, insbesondere Belastungen für den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme, erwartet die Bundesregierung nach der größten Legalisierungsaktion Spaniens für illegale Zuwanderer für Deutschland in den kommenden 10 Jahren, und mit welchen Maßnahmen versucht die Bundesregierung diese Wirkungen einzudämmen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Gerd Andres vom 17. Mai 2005

Die Bundesregierung erwartet nicht, dass es durch die anstehende Legalisierungsaktion von in Spanien illegal beschäftigten Ausländern zu Belastungen für den deutschen Arbeitsmarkt bzw. die sozialen Sicherungssysteme kommt – insbesondere, da Voraussetzung für die Legalisierung ein festes Arbeitsverhältnis ist, das die Betroffenen kaum aufgeben werden.

Die Legalisierung illegaler Beschäftigungsverhältnisse sowie die gleichzeitige Erhöhung der Zahl der Beitragszahler in der Sozialversicherung und der Steuerzahler ist nach Darstellung der spanischen Regierung wesentliches Ziel des Regularisierungsprogramms. Nach Be-

endigung des Programms sollen vor allem verschärfte flächendeckende Kontrollen zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung in Spanien eingeführt werden, um weitere Schwarzarbeit in diesem Umfang zu verhindern.

Bei den zu legalisierenden Personen handelt es sich vorwiegend um Staatsangehörige aus Ecuador, Rumänien, Marokko und Kolumbien, die in Spanien bereits einer Beschäftigung nachgehen und die über Nachweise der Aufenthaltsdauer, Arbeitsvertrag und polizeiliches Führungszeugnis verfügen. Derzeit kann noch nicht festgestellt werden, wie viele der bis zum Ende der Antragsfrist am 7. Mai eingegangenen Anträge positiv beschieden werden. Mit der Legalisierung ist zunächst ein befristetes Aufenthaltsrecht für maximal ein Jahr – und keine Einbürgerung – verbunden. Die legalisierten Drittstaatsangehörigen haben daher – anders als EU-Bürger – kein Recht zur Arbeitnehmerfreizügigkeit und damit zur Weiterwanderung und Arbeitsplatzsuche nach Deutschland.

Eine Möglichkeit zur Weiterwanderung innerhalb der Europäischen Union bestünde nach der verabschiedeten, aber erst zum 23. Januar 2006 umzusetzenden Richtlinie zur Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen (RL 2003/109/EG) für Drittstaatsangehörige erst dann, wenn sie ein entsprechendes Daueraufenthaltsrecht in Spanien (dies ist frühestens nach 5-jährigem rechtmäßigen Aufenthalt in Spanien möglich) erworben hätten und wenn der Zugang zum inländischen Arbeitsmarkt von den Behörden des zweiten Aufnahmelandes bewilligt würde.

Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass bereits 1991, 1996, 2000 und 2001 in Spanien Regularisierungsprogramme durchgeführt wurden. Es kam in den letzten 10 Jahren jedoch zu keinem nennenswerten Zuzug aus Spanien. Deshalb ist auch für die Zukunft nicht zu erwarten, dass es zu einem spürbaren Zuzug aus Spanien, darunter von Spaniern, deren Beschäftigungsverhältnis in einer der früheren Regularisierungsaktionen legalisiert wurde und die sich zwischenzeitlich eingebürgert haben, kommen wird. Entsprechendes gilt allgemein für Drittstaater, die sich in einem Land der Europäischen Union integriert haben.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

26. Abgeordneter **Albrecht Feibel** (CDU/CSU)

Wie viele Deutsche erhalten – aufgeschlüsselt nach Bundesländern – nach der im vergangenen Jahr wirksam gewordenen gesetzlichen Neuregelung weiterhin Sozialhilfe, und wie hoch ist der durchschnittliche Sozialhilfesatz?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Franz Thönnes vom 12. Mai 2005

Angaben aus der amtlichen Sozialhilfestatistik über die Anzahl der Deutschen, die im Jahre 2005 Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) erhalten, liegen nicht vor. Die letzten verfügbaren Zahlen datieren aus dem Jahr 2003. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht erste Ergebnisse der Sozialhilfestatistik etwa acht Monate nach Ende des Berichtsjahres; Angaben für das Jahr 2005 werden somit erst in der zweiten Jahreshälfte 2006 vorliegen.

Um dennoch Daten über den nach der Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe im SGB XII verbleibenden Personenkreis in Erfahrung zu bringen, hat das Statistische Bundesamt eine Ad-hoc-Umfrage bei 70 Großstädten ab 100 000 Einwohner durchgeführt, an der sich 48 Städte beteiligt haben. Diese Daten sind für eine erste Trendeinschätzung geeignet, wenngleich etwa die Strukturen des ländlichen Raums wie sie in den Flächenstaaten Bayern, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein vorzufinden sind, unberücksichtigt bleiben mussten.

Als Ergebnis der Umfrage zeigt sich, dass in den befragten Städten die Zahl der Personen, die am 31. Dezember 2004 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem Bundessozialhilfegesetz und am 31. Januar 2005 Leistungen nach dem Dritten Kapitel SGB XII erhielten, um mehr als 95 Prozent zurückgegangen ist.

Angaben zu den durchschnittlichen Sozialhilfesätzen (Regelsätzen) nach Ländern sind der nachstehenden Tabelle zu entnehmen:

Regelsätze für die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII (in Euro) **Stand: 1. Januar 2005**

Länder	Haushaltsvorstand bzw. Alleinstehender (Eckregelsatz)	Haushaltsangehörige	
		bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (60 % des Eckregelsatzes des Haushaltsvorstandes)	ab Vollendung des 14. Lebensjahres (80 % des Eckregelsatzes des Haushaltsvorstandes)
Baden-Württemberg	345	207	276
Bayern*	341	205	273
Berlin	345	207	276
Brandenburg	331	199	265
Bremen	345	207	276
Hamburg	345	207	276
Hessen	345	207	276
Mecklenburg-Vorpommern	331	199	265
Niedersachsen	345	207	276
Nordrhein-Westfalen	345	207	276
Rheinland-Pfalz	345	207	276
Saarland	345	207	276

Länder	Haushaltsvorstand bzw. Alleinstehender (Eckregelsatz)	Haushaltsangehörige	
		bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (60 % des Eckregelsatzes des Haushaltsvorstandes)	ab Vollendung des 14. Lebensjahres (80 % des Eckregelsatzes des Haushaltsvorstandes)
Sachsen	331	199	265
Sachsen-Anhalt	331	199	265
Schleswig-Holstein	345	207	276
Thüringen	331	199	265
Deutschland**	340	204	272
früheres Bundesgebiet (einschl. Berlin)	345	207	276
neue Länder (ohne Berlin)	331	199	265

* hierbei handelt es sich um einen Mindestregelsatz, der maximale Satz liegt bei 345 Euro.
** Gewichtung anhand der Länderanzahl.

27. Abgeordneter **Ruprecht Polenz** (CDU/CSU)

Wann und in welchen Bereichen sind erste Ergebnisse der mit Erlass vom 17. September 2002 durch das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung angeordneten Expertengruppe „Anwendung von Arzneimitteln außerhalb des zugelassenen Indikationsbereiches“ (Expertengruppe Off-Label) zu erwarten?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Marion Caspers-Merk vom 10. Mai 2005

Die bisherigen Ergebnisse der Expertengruppe „Anwendung von Arzneimitteln außerhalb des zugelassenen Indikationsbereiches“ (Expertengruppe Off-Label) des Fachgebietes Onkologie sind:

- „Methodenpapier für das Fachgebiet Onkologie“,
- die Feststellung zu „Irinotecan beim kleinzelligen Bronchialkarzinom“ als Empfehlung an den Gemeinsamen Bundesausschuss gemäß § 35b Abs. 2 und 3 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V),
- die Aufbereitung zur Kommentierung durch interessierte Fachkreise „Fluorouracil ohne Kombination mit Folinsäure in der (neo-)adjuvanten Therapie kolorektaler Karzinome“.

Die Ergebnisse sind abrufbar von der Website des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (http://www.bfarm.de/de/Arzneimittel/offlabel/wiss aufb/index.php).

28. Abgeordneter **Georg Schirmbeck** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Studie des Instituts für Therapie- und Gesundheitsforschung Kiel zur Auswirkung der Tabaksteuererhöhung vom März 2004 gezeigt hat, dass der Anteil jugendlicher Raucher nach der Steuererhöhung wesentlich höher lag als vor der Steuererhöhung?

29. Abgeordneter **Georg Schirmbeck** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, dass entsprechend der Studie des Instituts für Therapie- und Gesundheitsforschung Kiel zur Auswirkung der Tabaksteuererhöhung der Raucheranteil in den einkommensschwächeren Schichten nach der Steuererhöhung vom März 2004 deutlich höher lag als vor der Steuererhöhung?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Marion Caspers-Merk vom 10. Mai 2005

Aus der Studie des Instituts für Therapie- und Gesundheitsforschung Kiel (IFT-Nord) zur Auswirkung der Tabaksteuererhöhung vom März 2004 geht hervor, dass 7,9 Prozent aller befragten Raucherinnen und Raucher angeben, die Steuererhöhung zum 1. März zum Anlass genommen zu haben, mit dem Rauchen aufgehört zu haben. Auch unter jugendlichen Raucherinnen und Rauchern ist dieser Anteil gestiegen.

Im scheinbaren Widerspruch dazu steht der Befund, dass der Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen an der Gruppe der Raucher von 34,7 Prozent auf 36,4 Prozent und in der Teilgruppe der einkommensschwächeren Probanden der Raucheranteil von 29,0 Prozent auf 30,5 Prozent angestiegen ist. Diese Prozentzahlen eines leichten nominellen Anstieges im Konsum resultieren jedoch aus Zufallsschwankungen und sind statistisch nicht signifikant.

Auf Grund dieses Teilergebnisses gibt es keinen belastbaren Anhaltspunkt, dass sich die Anzahl der gerauchten Zigaretten vor und nach der Preiserhöhung vom März 2004 in diesen Untergruppen relevant erhöht hat.

30. Abgeordneter **Georg Schirmbeck** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die Studie des Instituts für Therapie- und Gesundheitsforschung Kiel zur Auswirkung der Tabaksteuererhöhung zum Ergebnis hatte, dass der Raucheranteil insgesamt – wenn auch nur geringfügig – nach der Steuererhöhung vom März 2004 höher war als vor der Steuererhöhung, wenn ja, sind diese Entwicklungen auf Ausweichbewegungen der Konsumenten zurückzuführen?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Marion Caspers-Merk
vom 10. Mai 2005

In der Studie des IFT-Nord äußerten knapp zwei Drittel der befragten Raucherinnen und Raucher vor der Erhöhung vom März 2004 die Absicht, ihr Rauchverhalten verändern zu wollen. Nach der Erhöhung berichteten gut ein Drittel über konkrete Veränderungen im Tabakkonsum. 7,9 Prozent der befragten Raucherinnen und Raucher gaben hiervon an, wegen der Steuererhöhung mit dem Rauchen aufgehört zu haben, 16,5 Prozent der Raucherinnen und Raucher sagten, seit der Steuererhöhung weniger zu rauchen und 13,8 Prozent sind auf günstigere Produkte umgestiegen.

Nimmt man den versteuerten Absatz fabrikfertiger Zigaretten, den in Stück Zigaretten umgerechneten Feinschnitt sowie den vermuteten Anteil von fabrikfertigen Zigaretten, die im Ausland legal erworben oder geschmuggelt wurden, zusammen, hat sich von 1999 bis 2004 der Verbrauch von Zigaretten in Deutschland um 2,2 Prozent reduziert.

Im scheinbaren Widerspruch dazu steht der Befund, dass nach den Ergebnissen der Studie des IFT-Nord der Raucheranteil nominell insgesamt leicht von 27,5 Prozent auf 28,2 Prozent gestiegen ist. Dieser Anstieg ist jedoch das Ergebnis von nicht signifikanten Zufallsschwankungen und damit ohne Aussagekraft (s. Antwort auf die Fragen 28 und 29).

Die Erhöhung der Tabaksteuer, die nach Würdigung aller zur Verfügung stehenden Daten und Berechnungen zu einem Rückgang der Raucherquote und des Zigarettenverbrauchs geführt hat, ist damit ein gesundheitspolitischer Erfolg.

31. Abgeordneter **Jens Spahn** (CDU/CSU)

Ist aus Sicht der Bundesregierung sichergestellt, dass in allen Fällen bisheriger beitragsfreier Mitversicherung von Familienangehörigen bei Vielehen seit dem 1. April 2005 – wie seitens der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Marion Caspers-Merk, gegenüber dem Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung zugesagt – der Rechtsauffassung der Bundesregierung gefolgt wurde und die bisherige Praxis beendet ist bzw. ausgeschlossen ist, dass es zu keiner weiteren Mitversicherung gekommen ist?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Marion Caspers-Merk
vom 17. Mai 2005

Die Spitzenverbände der Krankenkassen sind einhellig zu dem Ergebnis gekommen, dass ab dem 1. April 2005 die Familienversicherung von Zweit-, Dritt- oder Viertfrauen aus Vielehen nicht mehr durchgeführt werden kann. Dieser Rechtsauffassung sind auch die 15 (von 16) Ministerien und Senatsverwaltungen für Gesundheit und Soziales der

Länder, die sich bisher gegenüber dem Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung geäußert haben, sowie das Bundesversicherungsamt als Aufsichtsbehörde für die bundesunmittelbaren Krankenkassen. Ich gehe daher davon aus, dass die bisherige Praxis seit dem 1. April 2005 beendet ist.

32. Abgeordneter **Jürgen Türk** (FDP)

Trifft es zu, dass Angestellte des höheren Dienstes und nach 1990 neu- und wiederberufene Professoren und Hochschullehrer neuen Rechts in Ostdeutschland, die zwischen dem 1. Juli 1995 und dem 31. Dezember 2001 in Rente gegangen sind, durch das derzeitig geltende Rentenrecht bezüglich der Höhe ihrer Altersbezüge gegenüber den so genannten Bestandsrentnern (Renteneintritt bis 31. Dezember 1991) deutlich benachteiligt werden, und wenn ja, warum ist das so?

33. Abgeordneter **Jürgen Türk** (FDP)

Wird die Bundesregierung versuchen, die aus Sicht der Betroffenen entstandenen Ungerechtigkeiten bei der Rentenversorgung der Angestellten des höheren Dienstes einschließlich der Professoren zu beheben, und wenn nein, warum nicht?

Antwort des Staatssekretärs Heinrich Tiemann vom 17. Mai 2005

Die Grundsätze und Maßgaben für die Schaffung eines einheitlichen Rentenrechts in der Bundesrepublik Deutschland sind mit den Verträgen zur Herstellung der Einheit Deutschlands vorgegeben worden. Die Vertragsparteien entschieden sich dabei für ein einheitliches Rentenrecht auf der Basis der bundesdeutschen Bestimmungen. Dies wurde mit dem Renten-Überleitungsgesetz und dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) umgesetzt. Wegen der Unterschiedlichkeit der beiden Rentensysteme war eine schematische Übertragung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) auf das Beitrittsgebiet dabei nicht möglich. Den Übergang in das gesamtdeutsche Rentenrecht regeln daher eine Reihe von Übergangs- und Besitzschutzregelungen, die sowohl den Interessen derjenigen Rechnung tragen, deren Renten noch nach der Rechtsordnung der ehemaligen DDR bestimmt worden waren, als auch denen der rentennahen Jahrgänge. Der Einigungsvertrag enthält hierzu eine Stichtagsregelung, wonach an die bis zum 30. Juni 1995 zugehenden Rentner, die Angehörige der ehemaligen Zusatz- oder Sonderversorgungssysteme der DDR waren, zusätzlich zu der nach dem SGB VI zu berechnenden Rente ein Unterschiedsbetrag zwischen dieser Rente und einem gegebenenfalls nach DDR-Recht zu beanspruchenden höheren Gesamtversorgungsbetrag zu zahlen ist.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinen Entscheidungen vom 28. April 1999 den im Einigungsvertrag vereinbarten Stichtag für die Anwendbarkeit von Besitz und Vertrauensschutzregelungen für die

Angehörigen der ehemaligen Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der DDR ausdrücklich bestätigt und eine verfassungsrechtlich zu beanstandene Benachteiligung der nach dem 30. Juni 1995 zugehenden Rentner nicht gesehen.

Die vom Einigungsvertrag geschützten Bestandsrentner mit Rentenbeginn bis zum 31. Dezember 1991 profitieren zusätzlich von der auch für sie nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts angeordneten Vergleichsberechnung für die Rente nach dem SG VI aus den – meist höchsten – Entgelten der letzten 20 Jahre vor Rentenbeginn (§ 307b Abs. 3 SGB VI), was ebenfalls zu höheren Rentenansprüchen führen kann. Auch für die Rentenzugänge zwischen Januar 1992 bis zum Stichtag 30. Juni 1995, mit Anspruch auf Vertrauensschutz, besteht kein Anspruch mehr auf diese 20-Jahreszeitraumberechnung. Hieraus wird deutlich, dass die Besitzschutzvorschriften des Einigungsvertrages gestaffelt auslaufen und bereits für Rentenneuzugänge ab 1992 nicht mehr alle Besitzschutzvorschriften des Einigungsvertrages gelten.

Im Übrigen könnte eine Verlängerung der Übergangsregelungen im Recht der gesetzlichen Rentenversicherung schon aus Gleichbehandlungsgründen auch nicht auf Angestellte im höheren Dienst und nach 1990 wiederberufene Professoren beschränkt werden. Dies würde neue Wertungswidersprüche gegenüber anderen Berufsgruppen ehemals Zusatz- oder Sonderversorgter aus den neuen Ländern begründen, die nach der Wende eine Beschäftigung außerhalb des öffentlichen Dienstes (z. B. Ingenieure, leitende Angestellte) gefunden haben.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

34. Abgeordneter **Joachim Günther (Plauen)** (FDP)

Trifft es zu, dass der 1999 in Berlin fertiggestellte 3. Gebäudeteil des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen bereits grundsaniert und dafür völlig geräumt werden muss?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 19. Mai 2005

An dem 1999 bezogenen 3. Gebäudeteil des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen in der Berliner Invalidenstraße wurden nach Bezug und Inbetriebnahme zunehmend erhebliche bauliche Mängel festgestellt. Auf der Grundlage eines umfassenden Mängelbeseitigungskonzeptes sollen alle erforderlichen Maßnahmen aus wirtschaftlichen und organisatorischen Gründen zeitgleich durchgeführt werden. Der Umfang der Mängel lässt eine Beseitigung unter Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes nicht zu.

35. Abgeordneter **Joachim Günther (Plauen)** (FDP)

Welche Mängel bestehen an dem Gebäude, und wie hoch sind die bereits entstandenen Kosten für Sicherungsmaßnahmen sowie für die notwendigen Umzüge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 19. Mai 2005

Das Gebäude weist eine Vielzahl von Mängeln auf, die sich insbesondere auf die Fassaden, den vorbeugenden baulichen Brandschutz und gebäudetechnische Anlagen erstrecken. Zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Dienstgebäudes waren in den Vorjahren unaufschiebbare Sofortmaßnahmen mit Kosten in Höhe von 3,2 Mio. Euro erforderlich. Umzüge an andere Standorte waren bisher nicht erforderlich.

36. Abgeordneter **Joachim Günther (Plauen)** (FDP)

Wie viele Organisationseinheiten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums sind von einem Umzug betroffen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 19. Mai 2005

31 Organisationseinheiten mit 248 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden innerhalb der Liegenschaft Invalidenstraße in den in diesem Jahr fertig gestellten Erweiterungsbau II (Bauteil D), 18 Organisationseinheiten mit 95 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden in das vorhandene bundeseigene Dienstgebäude Krausenstraße wechseln.

37. Abgeordneter **Joachim Günther (Plauen)** (FDP)

Entstehen durch diesen Umzug von Mitarbeitern zusätzliche Kosten durch Anmietung anderer Gebäude, und wenn ja, in welcher Höhe?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 19. Mai 2005

Durch den Wechsel in eigene Dienstgebäude entstehen keine Kosten für die Anmietung anderer Gebäude.

38. Abgeordneter **Eberhard Otto (Godern)** (FDP)

Trifft es zu, dass an dem 1999 in Berlin fertig gestellten 3. Gebäudeteil des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen Baumängel vorliegen, und wer ist verantwortlich für diese?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 19. Mai 2005

An dem 1999 bezogenen 3. Gebäudeteil des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen in der Berliner Invalidenstraße wurden nach Bezug und Inbetriebnahme zunehmend erhebliche bauliche Mängel festgestellt. Als Bauherr hat das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung im Einvernehmen mit dem damaligen Bundesbauminister den Entwurf und die Objektüberwachung an einen Generalplaner und die bauliche Ausführung an einen Generalunternehmer übertragen. Nach Auffassung der Bauverwaltung sind deshalb für die Baumängel der beauftragte Generalplaner und der ausführende Generalunternehmer verantwortlich. Sämtliche auf Ausführungs- und Planungsmängeln basierenden Schäden wurden vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung gegenüber den Verursachern angezeigt. Die Kosten der Mängelbeseitigungen im Wege der Ersatzvornahme werden auf dem Rechtsweg eingefordert. In diesem Zusammenhang werden derzeit acht gerichtliche Beweissicherungsverfahren durchgeführt.

39. Abgeordneter **Eberhard Otto (Godern)** (FDP)

Wer hatte die Bauaufsicht bei der Fertigstellung des Gebäudes, und in welchem finanziellen Umfang sind Sanierungsarbeiten bzw. Mängelbeseitigungen vorzunehmen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 19. Mai 2005

Die Aufsicht über die Leistungserbringung des vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung beauftragten Generalunternehmers oblag im Rahmen der vertraglich vereinbarten Objektüberwachung dem Generalplaner. Das Amt hat die Kosten der Mängel- und Schadensbeseitigung mit 18,5 Mio. Euro ermittelt. Die Mängel- und Schadensbeseitigung im Wege der Ersatzvornahme muss bis zur gerichtlichen Klärung vorfinanziert werden. Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung erwartet, dass der vorfinanzierte Betrag dem Bund weit überwiegend im Rahmen der bestehenden Regressansprüche erstattet wird.

40. Abgeordneter **Eberhard Otto (Godern)** (FDP)

Wann ist mit der Beendigung der Bauarbeiten zu rechnen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 19. Mai 2005

Die Beseitigung sämtlicher baulicher Mängel und Schäden wird voraussichtlich Ende 2007 abgeschlossen sein.

41. Abgeordneter **Albert Rupprecht (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist es möglich, regionale Unternehmen für ein Autobahnteilstück von der Pflicht zur Entrichtung der Maut zu befreien, wenn keine andere Möglichkeit der Stadtumgehung gegeben ist, und wenn nicht, stehen der Beschränkung einer Ortsdurchfahrt auf 7,5 t mit der Folge der unumgänglichen Befahrung des Autobahnteilstücks durch den örtlichen Schwerlastverkehr und der damit zwingenden Entrichtung von Mautgebühren rechtliche Bedenken entgegen?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Angelika Mertens vom 12. Mai 2005

Eine Befreiung regionaler Unternehmen von der Lkw-Mautpflicht ist nicht beabsichtigt. Das Autobahnmautgesetz für schwere Nutzfahrzeuge (ABMG) bestimmt den Kreis der von der Mautpflicht befreiten Nutzer abschließend. Bei einer Ausweitung der bestehenden Befreiungstatbestände würden Präzedenzfälle geschaffen, die im Ergebnis eine allgemeine Mautpflicht in Frage stellen. Eine Befreiung regionaler Unternehmen wäre zudem nicht zielführend, da sie dem Anliegen einer verursachergerechten Nutzerfinanzierung widersprechen würde. Schließlich wäre eine deutschlandweite Zuordnung der jeweils als „regional“ geltenden Unternehmen zu den betreffenden Autobahnabschnitten nicht praktikabel.

Unter den Voraussetzungen, dass die besonderen örtlichen Verhältnisse zu einer außergewöhnlichen Gefahrenlage, und zwar entweder für die Sicherheit und Ordnung oder für die Wohnbevölkerung hinsichtlich Lärm und Abgasen (§ 45 Straßenverkehrsordnung (StVO)) führen, können die Straßenverkehrsbehörden der Länder Anordnungen für die Benutzung bestimmter Straßen oder Straßenabschnitte treffen. Hierbei eröffnet sich den Verkehrsbehörden der Länder eine Reihe von Handlungsmöglichkeiten. Zu denken ist insbesondere an Geschwindigkeitsbegrenzungen für Lkw-Verkehre, Nachtfahrverbote und Umleitung des Schwerlastverkehrs auf geeignete Ausweichstrecken.

Die Anordnungsbefugnis für verkehrsrechtliche Maßnahmen auf der Grundlage von § 45 StVO kommt hinsichtlich konkreter einzelfallbezogener Maßnahmen der Gefahrenabwehr ausschließlich den nach Landesrecht zuständigen Straßenverkehrsbehörden zu.

42. Abgeordneter **Uwe Schummer** (CDU/CSU)

Um welchen Betrag beabsichtigt die Bundesregierung, den Betrag zum Bau von Lärmschutzanlagen an bestehenden Schienenstrecken in Höhe von jährlich 55 Mio. Euro (Quelle: Rheinische Post vom 23. April 2005) in diesem Jahr und in der mittelfristigen Finanzplanung aufzustocken?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Angelika Mertens vom 12. Mai 2005

Unter dem Titel 891 05 „Maßnahmen zur Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen der Eisenbahnen des Bundes“ sind im Kapitel 12 22 des Bundeshaushalts 2005 Ausgaben in Höhe von 50,980 Mio. Euro vorgesehen. In der geltenden Finanzplanung sind für diese Aufgaben Mittel in nahezu identischer Höhe berücksichtigt.

Die Entscheidung zur Dotierung der Finanzmittel für die Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen trifft der Deutsche Bundestag.

43. Abgeordneter **Wilhelm Josef Sebastian** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wird der Bund aus dem kürzlich beschlossenen zusätzlichen Verkehrs-Infrastrukturprogramm Sanierungsmaßnahmen an Brückenbauwerken im Zuge von Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen finanzieren (dpa-Bericht vom 2. Mai 2005) und werden bei solchen Sanierungsmaßnahmen Aspekte des verbesserten Lärmschutzes für die Anwohner konzeptionell integriert?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 13. Mai 2005

Planung und Durchführung von Instandsetzungs- und Erneuerungsmaßnahmen an Bundesfernstraßen liegen im Rahmen der Auftragsverwaltung in der Zuständigkeit und Verantwortlichkeit der einzelnen Bundesländer. Um beim Bund einen Überblick über den aktuellen und mittelfristigen Erhaltungsbedarf der Länder für die in ihrem Bereich befindlichen Bundesfernstraßen zu erhalten, sind die Länder aufgefordert, dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen jährlich ein nach Anlagenteilen (Fahrbahnen und Bauwerke) koordiniertes Erhaltungsprogramm für einen Zeitraum von vier Jahren vorzulegen.

Dem erheblichen Investitionsbedarf der Straße wird das Infrastrukturprogramm mit 900 Mio. Euro Rechnung tragen. Im Straßenbereich erfolgt 2005 der Einstieg in das „2-Mrd.-Euro-Programm“ mit einem Betrag von 390 Mio. Euro, mit dem insbesondere notwendige Erhaltungsmaßnahmen vorgezogen werden sollen. Eine Aufteilung auf Strecke und Bauwerke ist nicht vorgegeben, denn die Auswahl der Projekte erfolgt auch in Abhängigkeit des Planungsstandes durch die Auftragsverwaltungen der Länder. Sofern bei Bauwerken die Anspruchsvoraussetzungen für einen verbesserten Lärmschutz gegeben sind, werden diesbezügliche Maßnahmen im Rahmen der Instandsetzungsmaßnahmen möglichst integriert.

44. Abgeordneter **Wilhelm Josef Sebastian** (CDU/CSU)

Welche Brückenbauwerke im Zuge der Bundesautobahn A 61 sind im Land Rheinland-Pfalz sanierungsreif und welche Sanierungsmaßnahmen werden in den kommenden Jahren davon umgesetzt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 13. Mai 2005

Nach dem gemeldeten Programm des Landes Rheinland-Pfalz sind in den Jahren 2005 bis 2008 rund 38 Mio. Euro für die Instandsetzung bzw. Erneuerung von Brücken im Zuge der Bundesautobahn A 61 vorgesehen. Hierzu gehören z. B. folgende Talbrücken: Brohltalbrücke, Ahrtalbrücke, Brücke Maria Laach, Lützelbachtalbrücke, Nettetalbrücke, Vinxbachtalbrücke, Talbrücke Bengen, Moseltalbrücke Winningen und Talbrücke Pfeddersheim.

45. Abgeordneter **Werner Wittlich** (CDU/CSU)

Kommen den Landkreisen Neuwied und Altenkirchen (Rheinland-Pfalz) für Straßenbauprojekte (Neubau-, Ausbau- oder Sanierungsmaßnahmen) Mittel aus dem Investitionsprogramm der Bundesregierung, das der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Dr. Manfred Stolpe, am 20. April 2005 („Investitionsprogramm stärkt mittelständische Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze – 900 Millionen für die Straße, 1,1 Milliarden für die Schiene und Wasserstraßen“) vorstellte, zugute?

46. Abgeordneter **Werner Wittlich** (CDU/CSU)

Wenn ja, für welche Straßenbauprojekte und in welchem Jahr werden den Landkreisen Neuwied und Altenkirchen Mittel aus dem zu Frage 45 genannten Investitionsprogramm zur Verfügung gestellt?

47. Abgeordneter **Werner Wittlich** (CDU/CSU)

Wann ist damit zu rechnen, dass die Bundesstraße B 256 (Ortsumgehung Rengsdorf), für die seit mehreren Jahren Baurecht besteht, gefördert wird?

48. Abgeordneter **Werner Wittlich** (CDU/CSU)

Nach welchen Kriterien werden die Mittel aus dem Investitionsprogramm vergeben?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Achim Großmann vom 17. Mai 2005

Am 20. April 2005 hat Bundesminister Dr. Manfred Stolpe das „Zwei-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm“ bekannt gegeben. Das Programm ist in seinem zeitlichen Ablauf in zwei Teile unterteilt: Das Maßnahmenpaket 2005 und das Maßnahmenpaket 2006 bis 2008.

In 2005 geht es darum, verkehrswirksame und sofort realisierbare Maßnahmen umzusetzen. Diese Maßnahmen sind mit Bekanntmachung des Investitionsprogramms bereits veröffentlicht worden. Derzeit wird das Maßnahmenpaket 2006 bis 2008 erarbeitet. Bei der Auswahl der Projekte wird neben dem Planungsstand entscheidend sein, ob die Vorhaben folgenden wichtigen verkehrspolitischen Kriterien in besonderer Weise Rechnung tragen:

- Beseitigung von Verkehrsengpässen,
- Vollendung der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit,
- Stärkung des Maritimen Standortes Deutschland,
- Realisierung von Projekten im Rahmen internationaler Verträge,
- Bewältigung der Transporte aus der EU-Osterweiterung.

Aussagen über die Aufnahme konkreter Projekte über die bisher benannten Maßnahmen hinaus sind daher derzeit noch nicht möglich.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

49. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (FDP)

Welche Forschungsarbeiten und Gutachteraufträge sind vom Bundesamt für Strahlenschutz seit dem Jahr 2001 vergeben worden, und an wen?

50. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (FDP)

Welche Kosten sind für die seit dem Jahr 2001 vergebenen Forschungsaufträge und Gutachteraufträge entstanden (Einzelaufstellung)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Simone Probst vom 25. Mai 2005

Die vom Bundesamt für Strahlenschutz seit 2001 vergebenen Forschungsarbeiten und Gutachteraufträge bitte ich der nachstehenden Zusammenstellung zu entnehmen. Auf die Nennung der Auftragnehmer wurde aus Gründen des Datenschutzes verzichtet.

Lfd. Nr.	Auftragsgegenstand	Zahlungen Euro
1	Begutachtung Anlagensicherung Krümmel-Interimslager	134.390,37
2	Erkundungsbergwerk Gorleben: a) Erfassung der personellen und materiellen Istzustände b) Beschreibung und nachvollziehbare Begründung des notwendigen Aufwandes	252.422,14
3	Sicherheitstechnische Begutachtung von Transport- und Lagerbehältern der Bauart CASTOR V/19 für das Interimslager am Standort des Kernkraftwerkes Biblis	63.694,80
4	Allgemeine Begutachtung Interimslager am Standort des Kernkraftwerkes Biblis	245.866,32
5	UVP Interimslager Biblis	58.701,88
6	Gutachterliche Unterstützung Interimslager Biblis	386.309,54
7	Genehmigung des technischen Konzepts für den neuen Sattelanhänger für die Sicherungskategorie I und II	22.775,18
8	Seismik Lingen	44.833,94
9	Begutachtung Anlagensicherung Interim Biblis	178.646,23
10	Staatliche Verwahrung von Kernbrennstoffen	279.447,42
11	QSÜ Lingen	9.168,94
12	Anlagensicherung: Freisetzung wegen Dritter Brunsbüttel Interim	55.609,56
13	Anlagensicherung: Freisetzung wegen Dritter Brunsbüttel Standort	80.722,53
14	Anlagensicherung: Freisetzung wegen Dritter Brokdorf	71.577,18
15	Anlagensicherung: Freisetzung wegen Dritter Biblis	127.504,93
16	Anlagensicherung: Freisetzung wegen Dritter Biblis Interim	58.588,05
17	Anlagensicherung: Freisetzung wegen Dritter Krümmel Interim	70.033,57
18	Anlagensicherung: Freisetzung wegen Dritter Krümmel Standort	66.011,14
19	Anlagensicherung: Freisetzung wegen Dritter Unterweser	67.108,18
20	Anlagensicherung: Freisetzung wegen Dritter Grohnde	50.756,55
21	Anlagensicherung: Freisetzung wegen Dritter Grundremmingen	62.663,70
22	Anlagensicherung: Freisetzung wegen Dritter Philippsburg	70.161,54
23	Anlagensicherung: Freisetzung wegen Dritter Neckarwestheim	76.254,39
24	Anlagensicherung: Freisetzung wegen Dritter Isar	70.564,25
25	Anlagensicherung: Freisetzung wegen Dritter Grafenrheinfeld	57.273,62
26	Sensitivitäts- und Unsicherheitsanalyse	109.683,92
27	Spezielle Fragestellungen zum Strahlenschutz	2.564,52
28	Sicherheitsanalytische Untersuchungen für den bestimmungsgemäßen Betrieb eines Endlagers > Freisetzung <	421.233,28
29	WKP Sifa 2	1.893,32
30	Begutachtung der sicherheitstechnischen Eignung von Behältern zur Aufbewahrung von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen in dezentralen Zwischenlagern Phillippsburg	67.801,83
31	Begutachtung der sicherheitstechnischen Eignung von Behältern zur Aufbewahrung von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen in dezentralen Zwischenlagern Isar	64.640,64
32	Begutachtung der sicherheitstechnischen Eignung von Behältern zur Aufbewahrung von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen in dezentralen Zwischenlagern Gundremmingen	56.985,85
33	Begutachtung der sicherheitstechnischen Eignung von Behältern zur Aufbewahrung von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen in dezentralen Zwischenlagern Grafenrheinfeld	57.074,09
34	Begutachtung der sicherheitstechnischen Eignung von Behältern zur Aufbewahrung von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen in dezentralen Zwischenlagern Biblis	58.033,47
35	Begutachtung der sicherheitstechnischen Eignung von Behältern zur Aufbewahrung von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen in dezentralen Zwischenlagern Brokdorf	57.973,96
36	Begutachtung der sicherheitstechnischen Eignung von Behältern zur Aufbewahrung von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen in dezentralen Zwischenlagern Brunsbüttel	44.589,67
37	Begutachtung der sicherheitstechnischen Eignung von Behältern zur Aufbewahrung von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen in dezentralen Zwischenlagern Grohnde	53.737,00
38	Begutachtung der sicherheitstechnischen Eignung von Behältern zur Aufbewahrung von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen in dezentralen Zwischenlagern Krümmel	44.794,25
39	Begutachtung der sicherheitstechnischen Eignung von Behältern zur Aufbewahrung von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen in dezentralen Zwischenlagern Unterweser	52.804,88
40	Begutachtung der sicherheitstechnischen Eignung von Behältern zur Aufbewahrung von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen in dezentralen Zwischenlagern Neckarwestheim	55.957,68
41	Prüfung des Sicherheitskonzeptes in der Staatlichen Verwahrung Hanau gegen Entwendung von Kernbrennstoffen durch Innentäter	4.365,72
42	Zulassung einer Verpackung für SUR-Brennstoffplatten	109.280,06
43	Sicherheitstechnische Begutachtung behälterspezifischer Fragen der Behälterbauart CASTOR V/19 SN 06 für die Einlagerung im SZL	66.595,34
44	Ermittlung der Freisetzungsanteile bei thermischen Einwirkungen	842.522,20
45	Entwicklung von Maßstäben zur Risikobewertung im Rahmen der Störfallanalyse	679.240,40
46	Radiologische Auswirkungen eines gezielten Flugzeugabsturzes im Rahmen von Einwirkungen Dritter auf den verbunkerten Teil des Spaltstoff-lagers der Fa. SIEMENS in Hanau	89.110,68
47	Druckfestigkeitsuntersuchungen Schachtmauerwerk	7.533,57
48	Überarbeitung des BfS-QMH	6.202,58
49	Natürliche und anthropogene Analoga	105.216,07
50	Sicherheitsindikatoren	76.822,53
51	Chemotoxische Stoffe	317.028,42
52	Kritikalität	726.055,84
53	Rückholbarkeit	126.784,03
54	Isolations- und Nachweiszeitraum	229.434,28
55	Menschliche Einwirkungen	190.589,13
56	Gasentwicklung	455.481,12
57	Modellrechnungen	135.808,23
58	Geochemische Prozesse	644.592,70
59	Prüfung der Fachkundenachweise SZL Neckarwestheim	2.306,66
60	Begutachtung Verkehrsflugzeugabsturz SZL Neckarwestheim	106.470,76
61	Gutachterliche Stellungnahmen im § 6 AtG-Verfahren durch DBE (RV) LINGEN	271.530,70
62	Anlagensicherung: Freisetzung wegen Dritter Lingen	157.960,16
63	Auswirkungen erhöhter Lastannahmen bei Einwirkungen Dritter auf das Zwischenlager für abgebrannten Brennstoff (ZAB) der EWN in Lubmin	8.873,98

64	Rechtsgutachterliche Betrachtung der "Gestaltungsmöglichkeiten und Grenzen der Einrichtung eines Entsorgungsfonds für die Kosten der Endlagerung radioaktiver Abfälle"	60.724,34
65	Erstellung eines sicherheitstechnischen Gutachtens	7.763,88
66	Güteprüfung für Unterlage Fügedeckelschweissung	4.200,00
67	Sicherheitstechnische Begutachtung Behälterabsturz TBL-Gorleben	49.945,80
68	Optimierung von Genehmigungsverfahren	120.495,00
69	Gutachterliche Stellungnahmen im § 6 AtG-Verfahren durch DBE (RV) Zwischenlager NORD	35.499,29
70	Anlagensicherung: Freisetzung wegen Dritter Zwischenlager Jülich	153.435,90
71	Anlagensicherung: Freisetzung wegen Dritter Transportbehälterlager Gorleben	75.134,78
72	Ermittlung von Parametern zur Bewertung der Langzeitstabilität von Salzbeton im Kontakt mit salinaren Lösungen	31.320,00
73	Erstellung von sicherheitstechnischen Gutachten für Anlagensicherung TBL Ahaus bzgl. zus. Leistungen Flugzeugabsturz	325.542,75
74	Leitlinie für die Betriebsphase von Anlagen zur Endlagerung radioaktiver Abfälle	137.837,75
75	Chemische Analyse salinarer Lösungen aus dem Grubengebäude	5.813,05
76	Aufarbeitung von Daten und Erfahrungen zum Tragverhalten des Gebirges in der Grube Konrad	75.569,94
77	Entwicklung einer Methode zur gebirgsmechanischen Beurteilung von Tonformationen	497.640,00
78	Fachliche Beratung und Unterstützung für materialtechnische Aufgabenstellungen bei der Stilllegung des ERAM	258.932,62
79	Schachtverschlusssysteme; Entwurfplanung	103.481,54
80	TBL Gorleben; Begutachtung der Sicherung zur Änderungsgenehmigung	44.720,45
81	Anlagensicherung ZLN / Änderungsverfahren	78.438,82
82	Anlagensicherung Jülich AVR / Änderungsverfahren	55.303,96
83	FLAB Interimslager Brunsbüttel	11.156,80
84	Erweiterung der Zulassungen für SIFA 2/1, 3/1 und 3/2	4.684,40
85	Ergänzende Begutachtung von Sicherungsmaßnahmen Verlegung des äußeren Sicherungsbereiches	0,00
86	Begutachtung TN 24 -Inventargutachten	0,00
87	Begutachtung TN 24 -Marerialgutachten	0,00
88	Betrachtung der Auswirkungen eines absichtlich herbeigeführten Absturzes eines Verkehrsflugzeuges im Rahmen von § 17 AtG für das Transportbehälterlager des Zwischenlagers Nord	39.698,40
89	Bewertung passiver seismischer und seismoakustischer Methoden hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit bei der Kernmaterialüberwachung von Endlagern für ausgediente Kernbrennstoffe in tiefen geologischen Formationen	0,00
90	EWP Betriebsabschluss, Grubengebäude, Strecken mit hohen Anforderungen - Parameterbestimmung - Temperatur-, Spannungsberechnungen und Frühkriechverhalten	0,00
91	Erstellung eines sicherheitstechnischen Gutachtens für die Beladung mit BE und zum Einsatz der PV 170 GNB bei der Abfertigung von Transport- und Lagerbehältern der Bauart CASTOR V/19 im Standort-Zwischenlager Neckarwestheim	0,00
92	EWP Betriebsabschluss, Grubengebäude, Strecken mit hohen Anforderungen - Parameterbestimmung - Durchführung von Kriech- und Relaxationsversuchen Salzbeton M2	0,00
93	Erstellung eines Gutachtens zur Bewertung der Zwischenlagerfähigkeit von Behältern der Bauart CASTOR V/52 mit undichten Brennstäben für das Interimslager und das Standortzwischenlager Krümmel	35.084,04
94	Unterstützung bei der Entwicklung von Kriterien für die Endlagerung - *Überarbeitung der Grundsätze für die sichere Endlagerung* -	76.788,50
95	Erstellung von sicherheitstechnischen Gutachten für Anlagensicherung TBL Gorleben, Nachtrag bzgl. zus. Leistungen, Flugzeugabsturz hier: Prüfung der Einlagerung von Behältern mit VEK-Kokillen	1.562,50
96	WKP Sattelanhänger SIFA 2 / 2004	0,00
97	Anlagensicherung im Genehmigungsverfahren nach § 6 AtG, Begutachtung der radiologischen Folgen durch die Freisetzung radioaktiver Stoffe aufgrund der Einwirkung Dritter auf den Transport- und Lagerbehälter Castor V/19, SZL Biblis	0,00
98	Anlagensicherung im Genehmigungsverfahren nach § 6 AtG, Begutachtung der radiologischen Folgen durch die Freisetzung radioaktiver Stoffe aufgrund der Einwirkung Dritter auf den Transport- und Lagerbehälter Castor V/19, SZL Brokdorf	0,00
99	Anlagensicherung im Genehmigungsverfahren nach § 6 AtG, Begutachtung der radiologischen Folgen durch die Freisetzung radioaktiver Stoffe aufgrund der Einwirkung Dritter auf den Transport- und Lagerbehälter Castor V/19, SZL Grafenrheinfeld	0,00
100	Anlagensicherung im Genehmigungsverfahren nach § 6 AtG, Begutachtung der radiologischen Folgen durch die Freisetzung radioaktiver Stoffe aufgrund der Einwirkung Dritter auf den Transport- und Lagerbehälter Castor V/19, SZL Grohnde	0,00
101	Anlagensicherung im Genehmigungsverfahren nach § 6 AtG, Begutachtung der radiologischen Folgen durch die Freisetzung radioaktiver Stoffe aufgrund der Einwirkung Dritter auf den Transport- und Lagerbehälter Castor V/19, SZL Unterweser	0,00
102	Anlagensicherung im Genehmigungsverfahren nach § 6 AtG, Begutachtung der radiologischen Folgen durch die Freisetzung radioaktiver Stoffe aufgrund der Einwirkung Dritter auf den Transport- und Lagerbehälter Castor V/19, IL Krümmel	0,00
103	Anlagensicherung im Genehmigungsverfahren nach § 6 AtG, Begutachtung der radiologischen Folgen durch die Freisetzung radioaktiver Stoffe aufgrund der Einwirkung Dritter auf den Transport- und Lagerbehälter Castor V/19, SZL Krümmel	0,00
104	Gebirgsmechanische Untersuchungen zum Einfluss der Feuchtigkeit auf das Festigkeits- und Kriechverhalten von Steinsalz	0,00
105	WKP SIFA 2/1 (Sattelzugmaschine, Sattelanhänger)	0,00
106	Berg-, anlagen- und geotechnische Prüfung und Überwachung der Arbeiten zur bergbaulichen Gefahrenabwehrmaßnahme	133.734,32
107	Begutachtung von Genehmigungsunterlagen zur Anlagensicherung Änderungsgenehmigungsverfahren nach § 6 AtG für das Standort-Zwischenlager Brunsbüttel	0,00
108	Rechtsgutachten	0,00

109	Erstellung einer gutachterlichen Stellungnahme für Schachtförderanlage Bartensleben	0,00
110	Gesteinsverhalten unter Extrembelastung	0,00
111	Fachliche Zuarbeit zur multilateralen Zusammenarbeit des BMU auf dem Gebiet der kerntechnischen Sicherheit	215.424,16
112	Unterstützung der Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden sowie unabhängiger Sachverständigenorganisationen Osteuropas bei der Lösung von Sicherheitsfragen osteuropäischer KKW	2.351.134,99
113	Informations- und Wissensmanagement für die multilaterale regulatorische Zusammenarbeit - Nuclear Safety Network -	315.924,13
114	Generische Sicherheitsfragen - Nukleare Sicherheitskonvention	300.000,00
115	Umweltverträglichkeitsprüfung zum Zwischenlager Temelin	8.666,47
116	Rechtliche Möglichkeiten der Harmonisierung atomrechtlicher Vorschriften innerhalb der EU	231.402,26
117	Fachliche Zuarbeit in den bilateralen Kommissionen DFK, DSK, und NDKK	54.271,19
118	Fachliche Zuarbeit in den bilateralen Kommissionen DFK und DSK	133.054,59
119	Gezielter Absturz von großen Verkehrsflugzeugen auf Kernkraftwerke - Begutachtung der Masterstudie -	385.591,94
120	Untersuchungen an Probanden unter Exposition mit hochfrequenten elektromagnetischen Feldern von Mobiltelefonen	277.954,28
121	Berechnung generischer, konservativ abdeckender Wahrscheinlichkeiten für gemeinsam verursachte Ausfälle (GVA) zur Einbeziehung in den "Datenband PSA"	180.625,00
122	Bestimmung der SAR-Werte die während der alltäglichen Nutzung von Handys auftreten	60.000,00
123	Beteiligung an einer Fall-Kontroll Studie zu Aderhautmelanomen und Radiofrequenzstrahlung (RIFA-Studie)	74.801,80
124	Zielgruppenanalyse zur differenzierten Information	127.948,00
125	Ergänzende Informationen über Elektrosensible	90.448,60
126	Sicherungsmaßnahmen bei Kernkraftwerken gegen das Absetzen einer Tätergruppe mittels Hubschrauber als Transportmittel (bei Tag)	65.545,60
127	In Vivo-Experimente unter Exposition mit hochfrequenten elektromagnetischen Feldern der Mobilfunkkommunikation Blut-Hirn-Schranke	0,00
128	Machbarkeitsstudie zur Untersuchung altersabhängiger Wirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Felder auf der Basis biophysikalischer und biologischer Parameter	38.000,00
129	Epidemiologische Studie zum Zusammenhang zwischen Kinderkrebs und Expositionen um große Sendeeinrichtungen	0,00
130	Bestimmung der realen Feldverteilung von HF-Feldern in der Umgebung von UMTS-Sendeanlagen	0,00
131	Exposition durch körpernahe Sender im Rumpfbereich	17.215,00
132	Unterstützung der Koop. der Mobilfunkakteure durch die lokale Agenda 21	48.895,16
133	Prospektive Kohortenstudie unter Handynutzern	0,00
134	Untersuchung der Kenntnis und Wirkung von Informationsmaßnahmen im Bereich Mobilfunk und Ermittlung weiterer Ansatzpunkte zur Verbesserung der Information verschiedener Bevölkerungsgruppen	24.743,75
135	Bestimmung der realen Feldverteilung von hochfrequenten elektromagnetischen Feldern in der Umgebung von Wireless LAN-Einrichtungen (WLAN) in innerstädtischen Gebieten	0,00
136	Bestimmung der realen Exposition bei Handynutzung in teilgeschirmten Räumen im Vergleich zur Exposition unter günstigen Bedingungen im Freien	0,00
137	Langzeitstudie an Labornagern mit UMTS-Signalen	0,00
138	Brand-PSA für das Kernkraftwerk KKP 1 im Leistungsbetrieb	206.760,84
139	Deutsch-Japanisches Forum zum Thema: "Risikomanagement und -kommunikation in Bezug auf EMF"	0,00
140	Vergleichende Untersuchungen zu Gefährdungspotential, Deponiesicherheit und regulatorischen Anforderungen bei der Endlagerung radioaktiver und chemotoxischer Abfälle	5.125,43
141	Fachliche Zuarbeit bei der Zweckmäßigkeitsaufsicht über Verfahren zur Stillegung von Reaktoranlagen und bei der Erfüllung des Übereinkommens über nukleare Sicherheit	1.703.431,60
142	Konzept zur Konkretisierung der Arbeiten beim Monitoring der Umsetzung der Phasen I und II bei der Beförderung abgebrannter Brennelemente	46.011,03
143	Einsatz von Thermoelementen zur Erfassung der Temperatur von Rohrleitungswandungen in Kernkraftwerken im Rahmen der Ermüdungsüberwachung	121.973,09
144	Bestandsaufnahme der existierenden Anwendungen der stochastischen Simulation im Rahmen der probabilistischen Sicherheitsanalyse (PSA), Bewertung der Vorgehensweisen, Auslotung des Potenzials für weitere Anwendungen und Erarbeitung von Empfehlungen	47.954,40
145	Überprüfung von Prüfkonzepten für passive mechanische Komponenten von Leichtwasserreaktoren mit probabilistisch orientierten Rechenverfahren	172.179,49
146	Anforderungen an Übungen auf dem Gebiet des physischen Schutzes	101.125,00
147	Gutachterliche Stellungnahmen zu ad hoc-Problemen bei der Bundesaufsicht hier: Rechtsgutachten zum Genehmigungsverfahren FRM II	11.861,97
148	Entwicklung praxisgerechter Bewertungskriterien für die Sicherheitskultur in deutschen Kernkraftwerken	233.413,23
149	Erstellung einer Datenbank über strahlenschutzrelevante Faktoren und Konstanten radioaktiver Isotope	61.000,00
150	Entwicklung der technischen und organisatorischen Voraussetzungen für das Wissensmanagement, insbesondere zur Erhaltung der Fachkompetenz bei Ausscheiden der Wissens- und Erfahrungsträger in der Reaktorsicherheit am Beispiel des Fachgebiets Störfallanalys	454.939,33
151	Verbesserung der Bewertung bei hydrodynamischen Belastungen druckführender Komponenten bei Störfällen in Leichtwasserreaktoranlagen	114.501,77
152	Anlagenübergreifende Auswertung der in Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren geführten Nachweise zur Erdbebensicherheit deutscher Kernkraftwerke und Bewertung nach heutigem Stand von Wissenschaft und Technik	153.347,17
153	Untersuchung zur Nachhaltigkeit der Kernenergienutzung	5.914,11

	154	Erfassung und Auswertung internationaler Entwicklungen im Bereich der Entsorgung im Hinblick auf relevante Perspektiven für das Entsorgungskonzept des BMU	124.200,60
	155	Erprobung des transportablen INT-Messsystems zur Detektion und Identifizierung von Nuklearmaterial und Weiterentwicklung des INT-Messsystems	65.418,84
	156	Erprobung einer Einhausung für wasserhaltigen Schaum zur Begrenzung von radiologischen und sonstigen Explosionsauswirkungen	45.702,76
	157	Erprobung und Bewertung von Methoden für probabilistische Sicherheitsanalysen zur Sicherheitsbewertung von Siedewasserreaktoren der Baulinie 69 (PSA SWR - 69)	3.018.246,89
	158	Erfassung, Bewertung und Fortentwicklung der sicheren Beförderung radioaktiver Stoffe: Fundierte Bearbeitung national und international aktueller Fragestellungen zur Transportsicherheit; Weiterentwicklung von Analysemethoden und der internationalen Transp	1.447.247,90
	159	Konkretisierung der regulatorischen Anforderungen an die Charakterisierung und Bewertung der chemotoxischen Inhaltsstoffe von radioaktiven Abfällen und Möglichkeiten zur Umsetzung	54.375,00
	160	Ingenieurtechnische Auswertung besonderer Vorkommnisse in Anlagen der Kernbrennstoffversorgung	406.646,29
	161	Fachliche Zuarbeit zur Bundesaufsicht über die Überwachung des Betriebes von Reaktoren - Zustandsdiagnose bei Komponenten und Systemen zur Erkennung von Schadensauslösern und Schadensentwicklungen während des Reaktorbetriebes	2.940.781,54
	162	Normative Anforderungen an rechnergestützte Leittechniksysteme mit sicherheitstechnischer Bedeutung in Kernkraftwerken	107.253,60
	163	Anforderungen an rechnergestützte periphere Komponenten des Sicherheitssystems in Kernkraftwerken	146.473,20
	164	Identifizierung und Verfolgung sicherheitsrelevanter Schwerpunkte beim Alterungsmanagement in Atomkraftwerken zur bundeseinheitlichen Festlegung behördlicher Anforderungen	1.461.175,05

	165	Gezielte internationale Informationsbeschaffung mit konkreter Auswertung für die Bereiche Reaktorsicherheit, Strahlenschutz und insbesondere Brennstoffkreislauf	129.343,22
	166	Auswertung des nationalen und internationalen Kenntnissstandes zu sicherheitsrelevanten Aspekten im Hinblick auf die Weiterentwicklung des kerntechnischen Regelwerks für mechanische Komponenten	176.023,00
	167	Fachliche Unterstützung des Facharbeitskreises "Probabilistische Sicherheitsanalysen für Kernkraftwerke", Teilprojekt: Erarbeitung eines aktualisierten Beitrags zum Datenband PSA zur Anwendung des zweistufigen Bayes-Verfahrens zur Schätzung von Zuverlässi	40.579,70
	168	Fachliche Unterstützung des Facharbeitskreises "Probabilistische Sicherheitsanalysen für Kernkraftwerke"; Teilprojekt: Erarbeitung zusätzlicher Konkretisierungsmöglichkeiten eines vorliegenden Entwurfs für ein Kapitel im Methodenband PSA zur Behandlung vo	35.620,20
	169	Arbeitsplatzentwicklung und flankierende Maßnahmen an Kernkraftwerksstandorten; Umstrukturierung von Kernkraftwerksstandorten; Maßnahmen für zukunftsorientierte Arbeitsplätze	123.623,22
	170	Untersuchungen zu terroristischen Flugzeugabsturzszenarien auf deutsche Kernkraftwerke und Trockenlager für abgebrannte Brennelemente und hochradioaktive Abfälle	832.475,95
	171	Gutachterliche Stellungnahmen zu ad -hoc-Problemen bei der Bundesaufsicht: Thermohydraulische Analysen im Rahmen der Bundesaufsicht- Einzelaufgabe Deborierung	884.568,65
	172	Adaption von Gamma- und Neutronen-Sonden an ein Manipulator-Fahrzeug und Übertragung der Messdaten per Funk oder per Kabel an einen Beobachtungspunkt	24.108,43
	173	Sicherheitstechnische Analysen zu Anlagen und Verfahren der Anreicherung und Brennstoffverarbeitung	338.924,16
	174	Gutachterliche Stellungnahmen zu Ad-hoc-Problemen bei der Bundesaufsicht	1.592.260,00
	175	Einzelfragen der Qualifikation von Kernkraftwerkspersonal und Sachverständigen	470.350,90
	176	Analyse der Sicherheit bei der Beförderung und Lagerung radioaktiver Stoffe - Quantifizierung der Freisetzung bei Transport- und Handhabungsunfällen	278.048,20

	177	Unterstützung der Notfallschutzorganisation des BMU bei der Bewertung von Quelltermabschätzungen bei einem Ereignis in einem Kernkraftwerk mit möglicher radiologischer Gefährdung der Umgebung	207.727,31
	178	Verbesserungen bei präventiven Brandschutzmaßnahmen - Auswertung von Brandereignissen und Kabelversuchen, probabilistische Betrachtungen für den SWR 69 im Rahmen der Level 2 PSA -	451.540,00
	179	betriebswirtschaftliche Untersuchungen im Zusammenhang mit der Erstellung eines nationalen Entsorgungsplans	61.963,18
	180	Gutachterliche Stellungnahmen zu Ad-hoc-Problemen bei der Bundesaufsicht: "Prüfung ausgewählter Themen aus den mit einem überarbeiteten Bescheidentwurf zur 3. TG FRM II nachgelieferten Unterlagen"	28.492,49
	181	Ad-hoc-Fragen der Bundesaufsicht nach Art. 85 GG - (u.a. Gutachtliche Stellungnahmen zu Fragen der Erdbebensicherheit, Brandschutz, Leistungserhöhung), hier: Teilprojekt: Genehmigungsverfahren FRM II, ATWS-Einzelfragen und Flutbehälter KWO	32.263,08
	182	Freisetzung aus verglasten Abfällen nach SEWD	494.483,00
	183	Erfassung und Aufbereitung von Basisdaten deutscher Kernkraftwerke zur kurzfristigen Unterstützung der Bundesaufsicht bei der Bewertung von Störfallereignissen mit Transienten anhand von Störfallanalysen	1.079.097,81
	184	Fachberatung des BMU zur Sicherung kerntechnischer Einrichtungen und von Nukleartransporten im Rahmen der Bundesaufsicht	467.375,00
	185	Bestimmungen von Quelltermen infolge SEWD im Rahmen internationaler Zusammenarbeit	357.273,08
	186	Entwicklung bundeseinheitlicher Kriterien von Sicherheitsmanagementsystemen auf der Grundlage von Sicherheitsindikatoren - Bewertungsmaßstäbe und Bewertungsmethoden	758.766,48
	187	Informationsmanagement für atomrechtliche Zwecke	439.378,00

	188	Untersuchungen zur Reform der Atomverwaltung Teilvorhaben: Zukunftsfähigkeit der Bundesauftragsverwaltung im Bereich des Atomrechts	79.622,00
	189	Fachliche Unterstützung des Facharbeitskreises PSA zur Fortschreibung der Methoden- und Datenbände - hier Teilaufgabe " Einwirkungen von außen (Explosionsdruckwelle und Flugzeugabsturz)"	43.015,86
	190	Thema Vertrag: Methodenentwicklung zur Bewertung von auslösenden Ereignissen bei Nicht-Leistungsbetrieb für SWR der Baulinie 69 Thema UFOPLAN 2003: Methodenentwicklung zur Bewertung von auslösenden Ereignissen bei Nicht-Leistungsbetrieb einer SWR-Anlage	987.730,08
	191	Vertiefte ingenieurtechnische Auswertung von nach AtSMV meldepflichtigen Ereignissen und sonstigen Betriebserfahrungen aus deutschen und ausländischen Kernreaktoren als Basis und fachliches Instrument der Bundesaufsicht nach Art. 85 GG	4.830.826,00
	192	Neutronenradiographiesystem zur Abbildung von Bestandteilen einer unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV)	83.773,00
	193	Untersuchungen zur Barrierenintegrität im Hinblick auf das Ein-Endlager-Konzept	285.960,88
	194	Zuverlässigkeitsbewertung von rechnergestützter Sicherheitsleittechnik in kerntechnischen Anlagen - Digitale Leittechnik	340.938,08
	195	Deutsch- internationaler Regelvergleich	598.049,00
	196	Optimierung des Programmsystems LASAIR für die Zwecke der nuklearspezifischen Gefahrenabwehr	41.046,60
	197	Aktualisierung des kerntechnischen Regelwerks gem. den Erfordernissen des fortgeschrittenen Standes von Wissenschaft und Technik Thema UFOPLAN 2003: KTA - Regelwerk - Überarbeitung des KTA-Regelwerkes durch übergeordnete Sicherheitsgrundlagen und Basisre	2.546.844,00
	198	Rechtsfragen zur Stilllegung kerntechnischer Einrichtungen	81.966,13
	199	Untersuchungen zur Reform der Atomverwaltung Teilvorhaben: Beamtenrechtliche Fragen einer Neuordnung der Atomverwaltung	8.932,00
	200	Fachliche Unterstützung des Facharbeitskreises PSA zur Fortschreibung der Methoden- und Datenbände - hier Teilaufgabe " Analysen der Stufe 2 - Zusammenstellung von Bandbreiten bedingter Wahrscheinlichkeiten für ausgewählte unfallablaufbestimmende Phänomen	18.889,27
	201	Ad-hoc-Fragen der Bundesaufsicht nach Art. 85 GG Gutachten zu rechtlichen Rahmenbedingungen für eine probabilistische Sicherheitsüberprüfung von Atomkraftwerken	28.536,00
	202	Ad-hoc-Fragen der Bundesaufsicht nach Art. 85 GG Strafrechtliches Gutachten zu Genehmigungsabweichungen beim AKW Biblis A	21.750,00
	203	Entwicklung von Aus- und Weiterbildungsprogrammen für neue Mitarbeiter atomrechtlicher Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden unter Berücksichtigung der Ergebnisse von Kompetenzverlustanalysen, Vorschläge zur Implementierung.	168.697,17
	204	Unterstützung der Bundesaufsicht bei thermohydraulischen Fragestellungen (Leistungserhöhungen, Anreicherungserhöhungen von Brennelementen, Notkühlwirksamkeit im Sumpfbetrieb, best-estimate Analysen)	378.793,96
	205	Entwicklung zuverlässiger Datengrundlagen und Auswertemethoden für die Endlagerstandortsuche	205.728,00
	206	Konzeptionelle Möglichkeiten zur Sicherstellung der Verfügbarkeit der Rückstellungen der Atomkraftwerke, auch im Hinblick auf den von der Europäischen Kommission angekündigten Richtlinienvorschlag	30.974,67
	207	Übergreifende Bewertung des Brandschutzes bei Kernkraftwerken - Auswertung von spezifischen Brandereignissen, Mitarbeit in internationalen Gremien, Entscheidungshilfe bei der Verwendung von Brandsimulationsprogrammen -	122.365,00
	208	Fachliche Unterstützung des Facharbeitskreises "Probabilistische Sicherheitsanalysen für Kernkraftwerke" Teilvorhaben: "Analysen zu Einwirkungen von außen: Überarbeitung und Ergänzung von Kapitelentwurf und Anhang für das Ereignis Erdbeben"	9.607,28
	209	Fachliche Unterstützung des Facharbeitskreises "Probabilistische Sicherheitsanalysen für Kernkraftwerke", Teilvorhaben: "Erarbeitung von Einzelbeiträgen zum Methoden- und zum Datenband PSA"	28.575,81
	210	Unterstützung des BMU bei der Zweckmäßigkeitsaufsicht über Verfahren zur Stilllegung kerntechnischer Anlagen	326.823,62
	211	Charakterisierung der Barrierenwirksamkeiten im Mehrbarrierensystem für Endlager: technische Barrieren und einschlusswirksamer Gebirgsbereich	125.120,00
	212	Gutachterliche Stellungnahmen zu Ad-hoc-Problemen bei der Bundesaufsicht: Gutachten zum Thema "Rechtmäßigkeit nachträglicher Auflagen zur Gewährleistung der Störfallbeherrschung von Kernkraftwerken" (aus Globalansatz zu SR 2444)	17.226,00
	213	Untersuchungen über aktuelle Fragestellungen zur Sicherheit bei der innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Beförderung radioaktiver Stoffe und Fortentwicklung der internationalen Transportvorschriften	198.378,00
	214	Ingenieurtechnische Auswertung besonderer Vorkommnisse in Anlagen der Kernbrennstoffversorgung	48.106,68
	215	Zusammenstellung sicherheitstechnischer Anforderungen an Interfaces der Mess- und Stelltechnik in softwarebasierten Leittechnik-Systemen mit sicherheitstechnischer Bedeutung in Kernkraftwerken	0,00
	216	Zentrale Untersuchung und Auswertung von Herstellungsfehlern und Betriebsschäden im Hinblick auf druckführende Anlagenteile von Kernkraftwerken	0,00
	217	Rechtsfragen zur Stilllegung kerntechnischer Einrichtungen	109,14

	218	Gezielte internationale Informationsbeschaffung mit konkreter Auswertung für die Bereiche Reaktorsicherheit, Strahlenschutz und insbesondere Brennstoffkreislauf	22.747,71
	219	Aus- und Bewertung der Reaktorsicherheitsforschung für atomrechtliche Zwecke	35.921,13
	220	Bestandsaufnahme des internationalen Forschungs- und Entwicklungsstandes zur sicheren Beförderung radioaktiver Stoffe auf Basis einer Auswertung der PATRAM-Konferenz 2004	29.810,00
	221	Untersuchungen zur Entsorgungsvorsorge für abgebrannte Brennelemente, zum Verwertungsnachweis für abgetrenntes Plutonium und zum Nachweis des Verbleibs von Uran und radioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente.	23.186,90
	222	Zusammenarbeit mit französischen Institutionen auf dem Gebiet der Endlagerung und der Beteiligung der Öffentlichkeit	74.344,00
	223	Fachliche Unterstützung des BMU bei der kenngrößen- und indikatorgestützten Bewertung der Betriebsführung und der Anlagensicherheit mittels Auswertung der Betriebserfahrung	51.290,25
	224	Untersuchungen zur nuklearen Sicherheit von Kernkraftwerken in Mittel- und Osteuropa sowie Beratung des BMU zur Minderung von Risiken - Durchführung übergeordneter fachlicher und organisatorischer Aufgaben	378.780,00
	225	Untersuchungen zur nuklearen Sicherheit von Kernkraftwerken in Mittel- und Osteuropa sowie Beratung des BMU zur Minderung von Risiken - KKW mit WWER-1000	113.286,25
	226	Untersuchungen zur nuklearen Sicherheit von Kernkraftwerken in Mittel- und Osteuropa sowie Beratung des BMU zur Minderung von Risiken - KKW mit WWER-440	41.812,93
	227	Untersuchungen zur nuklearen Sicherheit von Kernkraftwerken in Mittel- und Osteuropa sowie Beratung des BMU zur Minderung von Risiken - KKW mit RBMK	44.923,85
	228	Überwachung und sicherheitsgerichtete Einflussnahme auf Prüf- und Berechnungsverfahren zum Betriebsverhalten von Reaktoren und Komponenten des Sicherheitssystems unter veränderten Rahmenbedingungen	59.995,20
	229	Verifizierung des veränderten Wachstumsverhalten von verschiedenen Brustkrebszelltypen in vitro unter Magnetfeldeinfluß mit verschiedenen Onkostatika	33.250,00
	230	Biokinetik und Dosimetrie radioaktiv markierter organischer Verbindungen	126.846,90
	231	Entwicklung eines Ortsdosimeters für Betastrahlung	121.400,05
	232	Richtlinie "Fachkunde im Strahlenschutz"	13.343,10
	233	Novellierung der Richtlinien zur inneren und äußeren Exposition im Rahmen der Umsetzung der Euratom-Direktive 96/29	6.919,57
	234	Mathematische Modellierung des Transports von radioaktiven Stoffen in der ungesättigten und gesättigten Bodenzone - Integration der Modellierung in ein operationelles Informationssystem zur Ermittlung der Grundwassergefährdung durch radioaktive Stoffe	136.910,77
	235	Analyse des Radioaktivitätspegels im Stahl	20.772,56
	236	Untersuchungen zur Festlegung von Parametern für die Modellierung der Radonausbreitung aus bodennahen Flächenquellen	128.246,82
	237	Validierung der regionalen Verteilungen der Radonkonzentration in Häusern mittels Radonmessungen unter Berücksichtigung der Bauweise	442.807,00
	238	Dosiswirkungsbeziehung im niedrigen Dosisbereich: Wissenschaftliche Grundlagen und Fragen der gesellschaftlichen Akzeptanz	13.502,30
	239	Ausarbeitung eines Interpretationsverfahrens zur Ermittlung der Körperdosis beruflich strahlenexponierter Personen bei Stilllegungstätigkeiten mittels Inkorporationsmessungen von Leitradionukliden	133.076,83
	240	Testsystem für radonrückhaltende Maßnahmen	28.890,94
	241	Erfassung von ökologischen Halbwertszeiten von Sr-90 und Cs-137 in terrestrischen und aquatischen Ökosystemen	91.944,59
	242	Personendosimeter für Messungen in Strahlenfeldern mit Neutronenkomponente - Verbesserung der Praxistauglichkeit -	82.370,29
	243	Verifizierung der unterschiedlichen biologischen Wirksamkeit von Photonen im Energiebereich von 10 keV - 6 MeV mittels onkogener Transformationsraten an Maus-Embryofibroblasten und in der menschlichen CGL1-Hybridzelllinie	241.760,79
	244	Spezifische Fragestellungen für die Fortentwicklung von Datensätzen für die Freigrenzen, Freigabe von Oberflächenkontaminationen	247.367,68
	245	Ermittlung der Zufuhr von natürlichen Radionukliden der Uranzerfallsreihe (Th-230, Ra-226, Pb-210, Po-210) bei Personen aus der Bevölkerung in belasteten Gebieten und Wohnungen und an NORM-Arbeitsplätzen durch Ausscheidungsanalyse	239.174,43
	246	Abschätzung der Konservativität der Annahmen in der AVV zur Berechnung der Strahlenbelastung über den Ingestionspfad	94.847,70
	247	Bewertender Vergleich von Ergebnissen aus Ausbreitungsmodellen auf der Basis des Gauss- bzw. Lagrange-Algorithmus für Kurz- und Langzeitemissionen aus kerntechnischen Anlagen	18.329,81
	248	Ableitung von radioökologischen Parametern aus dem langfristigen Eintrag von I-129	165.172,84
	249	Quantifizierung der Ingestion von Boden durch Kinder	125.556,18
	250	Internationale Kooperation zur molekulargenetischen Untersuchung von Schilddrüsenkarzinomen in Belarus nach Tschernobyl	35.000,00
	251	Fachberatung des BMU bei der bundesaufsichtlichen Begleitung von Strahlenschutzverfahren im Bereich der Uranbergbau- und sonstigen bergbaubedingten Altlastensanierung und -nachsorge, Ableitung von Sanierungskriterien	409.057,61
	252	Untersuchung molekularer und zellulärer Entstehungsmechanismen UV-induzierter Hautkrebse; Teilprojekt 1 "Körperflächenbezogene UV-Dosimetrie"	188.264,06
	253	Untersuchung strahlenschutzrechtlicher Fragen	9.037,47
	254	Entwicklung eines IT-gestützten Informationsmanagementsystems für die RS-Stabsorganisation einschließlich Schnittstellen zu anderen EDV-Systemen.	75.795,15
	255	Untersuchung und Bewertung der tätigkeitsbezogenen Schwerpunkte der Exposition des in kerntechnischen Anlagen tätigen Personals	486.531,83
	256	Fachliche Unterstützung des BfS bei der Diskussion und Überarbeitung des "Leitfadens zur radiologischen Untersuchung und Bewertung bergbaulicher Altlasten" im Zusammenhang mit der Abstimmung mit dem BMU und den für den BMU tätigen Fachausschüssen	237.810,10

	257	Internationaler Vergleich der Modelle und Parameter zur Entscheidungsbegründung von Notfallsituationen	275.825,20
	258	Unterstützung der Notfallschutzplanung	215.130,49
	259	Workshop Risiko nach pränataler Bestrahlung	11.759,71
	260	Anwendungsbereich von epidemiologischen Studien mit zusammengefassten Daten zur Bestimmung von Risikofaktoren	281.126,69
	261	Hochaufgelöste ortsabhängige Multielementanalysen von mit allgemein toxischen und radiotoxischen Elementen belasteten Lungengeweben mit Hilfe der Röntgenmikrosonde	193.995,39
	262	Fachberatung des BMU bei der bundesaufsichtlichen Begleitung von Strahlenschutzverfahren im Bereich der Uranbergbau- und sonstigen bergbaubedingten Altlastensanierung und -nachsorge, Ableitung von Sanierungskriterien, Teilprojekt:Mineralogisch/geochemisch	17.417,64
	263	Fachberatung des BMU bei der bundesaufsichtlichen Begleitung von Strahlenschutzverfahren im Bereich der Uranbergbau- und sonstigen bergbaubedingten Altlastensanierung und -nachsorge, Ableitung von Sanierungskriterien;	39.788,00
	264	Wissensbasierte Literaturdatenbank über die Einwirkungen elektromagnetischer Felder auf den Organismus und auf Implantate	215.202,20
	265	Wissensbasierte Literaturdatenbank über die Einwirkungen elektromagnetischer Felder auf den Organismus und auf Implantate	28.343,32
	266	Untersuchung des Einflusses der Bioturbation von Abdeckungen und kontaminierten Materialien auf die Radondämmwirkung mittels Bleispurmethode	139.996,41
	267	Bestimmung der Exposition der Personengruppen, die im Rahmen des Projektes "Querschnittsstudie zur Erfassung und Bewertung möglicher gesundheitlicher Beeinträchtigungen durch die Felder von Mobilfunkbasisstationen" untersucht werden	153.527,00
	268	Untersuchungen zu Wirkungsmechanismen an Zellen unter Exposition mit hochfrequenten elektromagnetischen Feldern der Mobilfunktechnologie. A Demodulation/ Kommunikation	143.592,00
	269	Untersuchungen zu Wirkungsmechanismen an Zellen unter Exposition mit hochfrequenten elektromagnetischen Feldern der Mobilfunktechnologie. B Pinealdrüse	137.300,00
	270	Machbarkeitsstudie für eine Kohortenstudie: Die Kohortenstudie soll anhand hochexponierter (Berufs)gruppen zur Erfassung eines möglicherweise erhöhten Krankheitsrisikos durch die Exposition mit hochfrequenten elektromagnetischen Feldern durchgeführt werde	73.411,17
	271	Beeinflussung der Ergebnisse der biologischen Dosimetrie durch Zellzyklusverzögerung bei höheren Dosen	153.252,51
	272	Störfallplanung durch Berücksichtigung von Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadensausmaß bei Anlagen nach § 50 der Novelle der StrlSchV	4.166,86
	273	Beeinflussung der spontanen Leukämierate bei AKR-Mäusen durch niederfrequente Magnetfelder	565.300,00
	274	Untersuchungen zum Verhalten von Radiocäsium in Wildschweinen und anderen Biomedien des Waldes	268.299,30
	275	Schutz der Bevölkerung vor elektromagnetischen Feldern	92.330,20
	276	Erfassung der Häufigkeit bildgebender Diagnostik, insbesondere strahlendiagnostischer Maßnahmen und der Altersverteilung der Patienten	354.151,00
	277	Ermittlung der Befürchtungen und Ängste der breiten Öffentlichkeit hinsichtlich möglicher Gefahren der hochfrequenten elektromagnetischen Felder des Mobilfunks - jährliche Umfragen	150.510,00
	278	Teilnahme an einer internationalen Messkampagne in Schottland (ECCOMAGS) zur Kartierung der natürlichen und künstlichen Radionuklide im Messgebiet	18.831,89
	279	Epidemiologische Studie Kinderkrebs und Fehlbildungen in der Umgebung von Kernkraftwerken (KiKK-Studie)	439.166,36
	280	Neuordnung der Verfahren zur Risikobewertung und Standardsetzung im Umwelt- und Gesundheitsschutz; Übersicht über die praktizierten Verfahren und Reformvorschläge für die Verfahren zur Risikobewertung und Standardsetzung im nationalen und internationalen	31.637,44
	281	Hochexponierte Kinder in Weißrussland	175.069,13
	282	Multiparametrische Untersuchungen an Strahlentherapiepatienten mit auffälligen Strahlenreaktionen	215.725,04
	283	Optimierung des Meteorologischen Präprozessors für SODAR-Daten in Gebieten mit hoher Bodenrauhigkeit für den Einsatz bei kerntechnischen Anlagen	75.826,11
	284	Statistische Analyse extremer Verzehrsgewohnheiten von Säuglingen und Kleinkindern (Auswertung DONALD-Studie)	22.982,84
	285	Epidemiologische Studie zur Untersuchung eines Zusammenhangs zwischen Mobilfunk und Hirntumoren	307.632,09
	286	Erstellung eines Handbuches zum behördlichen Krisenmanagement bei einem Ereignis in einer kerntechnischen Anlage	98.572,99
	287	Implikationen der Effekte "adaptive response", "low-dose hypersensitivity" und "bystander effect" für das Krebsrisiko bei niedrigen Dosen und Dosisraten	147.694,02
	288	Ankauf der Urheberrechte für die Dosiskoeffizienten der ICRP zur Veröffentlichung im Internet als Anlage zur Strahlenschutzverordnung	76.693,78
	289	Bestimmung der Lebenszeitdosis bei beruflich strahlenexponierten Personen mit dem Glykophorin A Test und Entwicklung neuer biodosimetrischer Verfahren	172.100,60
	290	Untersuchung molekularer und zellulärer Entstehungsmechanismen UV-induzierter Hautkrebse; Teilprojekt 2 "Molekularbiologische Prozesse bei UV-induzierten Hautkrebsen"	283.056,89
	291	Neuordnung der Verfahren zur Riskobewertung und Standardisierung im Umwelt- und Gesundheitsschutz Gutachten zu: "Institutionen zur Risikobewertung und zum Risikomanagement im In- und Ausland: Analyse der vorhandenen Konzepte, Umsetzungen und Erfahrungen ü	17.736,00
	292	Entwicklung von Mess- und Berechnungsverfahren die es ermöglichen, die Exposition der Bevölkerung durch elektromagnetische Felder in der Umgebung von Funksendeanlagen zu ermitteln. Die Verfahren sollen zur Überprüfung von Grenzwerten geeignet sein.	317.619,05
	293	Fachberatung des BMU bei der Bundesaufsicht in den Bereichen a) strahlenschutzrechtliche Genehmigungsverfahren bei radiologischen Industrie- und Bergbaualtlasten und b) Verwertung und Beseitigung von Rückständen aus Industrie und Bergbau mit erhöhter natü	327.787,02

	294	Fortschreibung/Erstellung von Richtlinien/Mustergenehmigungen hier: Rahmenrichtlinie zur Freigabe von radioaktiven Stoffen nach § 29 Strahlenschutzverordnung	136.135,00
	295	Untersuchung der Entstehungsmechanismen des UV-induzierten Hautkrebses - Entwicklung von biologischen Indikatoren für die bereits erfolgte Schädigung der Haut durch UV-Strahlung und für das individuelle Hautkrebsrisiko	366.600,00
	296	Verringerung der Strahlenexposition bei Röntgeneinrichtungen	82.093,20
	297	Untersuchung strahlenschutzrechtlicher Fragen, Teilvorhaben: Verfassungsrechtliche Prüfung der Kompetenz des Bundes zur umfassenden Regelung der nicht ionosierenden Strahlung	7.978,34
	298	Entwicklung strahlenschutzbezogener Untersuchungs- und Bewertungsmethoden für den Sickerwasserpfad bei Rückständen des Uranerz- und Altbergbaus in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen	59.029,51
	299	Erfassung und radiologische Bewertung von Hinterlassenschaften mit NORM-Materialien aus früheren Tätigkeiten und Arbeiten einschließlich der modellhaften Untersuchung branchentypischer Rückstände	46.144,80
	300	Untersuchung des Phänomens "Elektrosensibilität" mittels einer epidemiologischen Studie an "elektrosensiblen" Patienten einschließlich der Erfassung klinischer Parameter	115.725,00
	301	Untersuchungen zum Einfluss von DNA-Reparaturgenen auf strahlenbedingte Spätschäden und ihre Bedeutung für die individuelle Strahlenempfindlichkeit	131.600,00
	302	Querschnittsstudie zur Erfassung und Bewertung möglicher gesundheitlicher Beeinträchtigungen durch die Felder von Mobilfunkbasisstationen	554.273,50
	303	Nachsorge von Kindern mit Schilddrüsenkrebs post-Tschernobyl aus Weißrussland	26.000,00
	304	Untersuchung und Bewertung der tätigkeitsbezogenen Strahlenexposition in kerntechnischen Anlagen unter dem Gesichtspunkt der Optimierung und des Kompetenzerhalts im betrieblichen Strahlenschutz	357.026,32
	305	Untersuchungen zu Wirkungsmechanismen an Zellen unter Exposition mit hochfrequenten elektromagnetischen Feldern der Mobilfunktechnologie. C Funktionen	124.574,14
	306	Ausrichtung und Durchführung des 12. Fachgesprächs zur Überwachung der Umweltradioaktivität am 8. bis 10. April 2003 in Bonn	1.632,40
	307	In Vivo-Experimente unter Exposition mit hochfrequenten elektromagnetischen Feldern der Mobilfunkkommunikation. B Kanzerogenese	243.000,00
	308	In Vivo-Experimente unter Exposition mit hochfrequenten elektromagnetischen Feldern der Mobilfunkkommunikation C. Blut-Hirn-Schranke UMTS	100.000,00
	309	Studie zum Risiko von Spätschäden beim Menschen nach Inkorporation des kurzlebigen Alpha-Strahlers Radium-224	104.204,00
	310	Bestimmung der Exposition bei Verwendung kabelloser Übermittlungsverfahren in Haushalt und Büro	54.000,00
	311	Thema Vertrag: Rahmen für einen Leitfaden zur Risikoabschätzung Thema UFOPLAN 2003: Follow-up der Empfehlungen der ad hoc-Kommission "Neuordnung der Verfahren und Strukturen zur Risikobewertung und Standardsetzung im gesundheitlichen Umweltschutz der Bun	5.593,06
	312	Entwicklung von Verfahren zur Erkennung individueller Strahlenempfindlichkeit durch Analyse der Expression geeigneter Kandidatengene (Folgeprojekt von StSch 4212)	132.718,37
	313	Konzept Deutsches REMPAN-Netzwerk/Computergestütztes Assistenzsystem/Search-Datenbank	199.751,77
	314	Bestimmung der Expositionsverteilung von HF Feldern im menschlichen Körper, unter Berücksichtigung kleiner Strukturen und thermophysiologisch relevanter Parameter	80.000,00
	315	Risikowahrnehmung und Kommunikation im Bereich Radon	10.996,80
	316	Entwicklung eines Berechnungsprogramms zur Staubexposition der Wismutkohortenmitglieder	23.409,96
	317	Retrospektive individuelle Dosimetrie mit Lumineszenz- und EPR-Messungen für den Notfallschutz	209.200,00
	318	Follow-up der Kinder, die in der früheren Studie "Biogramm" im Zusammenhang mit präkonzeptioneller Strahlenexposition nach Tschernobyl hinsichtlich des Geburtsausgangs untersucht wurden	157.854,11
	319	Erfassung der über Ausscheidungen in die Umwelt abgegebenen radioaktiven Stoffe nach ihrer Anwendung in der Nuklearmedizin	33.112,89
	320	2. Mortalitäts-Follow-up der Kohorte von ca. 64.000 ehemaligen Wismut-Beschäftigten zum Stichtag 31.12.2003.	60.077,01
	321	In Vivo-Experimente unter Exposition mit hochfrequenten elektromagnetischen Feldern der Mobilfunkkommunikation. A Langzeituntersuchungen	633.529,23
	322	Methodische Weiterentwicklung des Leitfadens zur radiologischen Untersuchung und Bewertung bergbaulicher Altlasten und Erweiterung des Anwendungsbereichs. Teil B: Erweiterung des Anwendungsbereichs für NORM- Rückstände	30.000,00
	323	Berechnung von Organdosen und Dosisverteilungen bei externer und interner Exposition mit Hilfe von Strahlentransportrechnungen in Voxelmodellen	109.208,00
	324	Methodische Weiterentwicklung des Leitfadens zur radiologischen Untersuchung und Bewertung bergbaulicher Altlasten und Erweiterung des Anwendungsbereichs. Teil A: Mikrobiologie in Halden und Absetzanlagen	51.670,08
	325	Realisierung des IT-gestützten Informationsmanagementsystems für die RS-Stabsorganisation einschließlich Schnittstellen zu anderen EDV-Systemen und Schulung der Anwender	189.782,76
	326	Fall-Kontroll-Studie zu Lymphomen bei Erwachsenen (3. Phase)	150.415,02
	327	Untersuchungen der Auger-Emitter abhängigen biologischen Wirksamkeit zur Ermittlung des Strahlungs-Wichtungsfaktor für Auger-Elektronen	99.628,00
	328	Abschätzung des attributablen Lungenkrebsrisikos durch Radon in Wohnungen	0,00
	329	Erarbeitung eines Beitrags für einen UNSCEAR-Reports zum Thema Radioökologie	45.199,96
	330	Epidemiologische Auswertung der Mortalität in der Thorotrast-exponierten Patientengruppe und der Kontrollgruppe im Vergleich zur Mortalität in der Allgemeinbevölkerung	0,00
	331	Untersuchung strahlenschutzrechtlicher Fragen: Internationaler Rechtsvergleich zur Deckungsvorsorge	58.000,00

	332	Einfluss hochfrequenter elektromagnetischer Felder der Mobilfunkkommunikation auf Sinnesorgane. A. Das Hörsystem.	76.527,41
	333	Einfluss hochfrequenter elektromagnetischer Felder der Mobilfunkkommunikation auf Sinnesorgane. B. Das visuelle System.	40.221,72
	334	Unterstützung des BMU bei der Bewertung von Maßnahmen der Strahlenschutzvorsorge durch beteiligte Behörden, Organisationen, Verbände und Industrie im Rahmen des EU-EURANOS-Projektes	15.000,00
	335	Kohortenstudie zur Abschätzung des Krebsrisikos durch diagnostische Strahlenexposition im Kindesalter, insbesondere bei Frühgeborenen	33.174,00
	336	Fachliche Vorbereitung der Verordnung über nicht gerechtfertigte Tätigkeiten nach StrlSchV und RöV	41.250,00
	337	Dosisermittlung bei der Anwendung von Röntgenstrahlung in der medizinischen Heilkunde, zahnmedizinischen Heilkunde, Tierheilkunde und bei Grenzkontrollen mit ionisierender Strahlung	28.577,00
	338	Entwicklung eines Konzeptes und eines Verfahrens zur Einbindung elektronischer Personendosimeter (EPD) in die amtliche Personendosimetrie durch deutsche Messstellen. Teil 1 Konzeptphase	29.425,00
	339	Erarbeitung eines Konzepts zur Ermittlung der Strahlenexposition von Patienten bei zahnmedizinischen Röntgenuntersuchungen und Erhebung von statistischen Daten zur Erstellung von diagnostischen Referenzwerten	10.677,91
	340	Vergleichende Analyse molekularer Parameter, die zelluläre und klinische Strahlenüberempfindlichkeit verursachen	0,00
	341	Bestimmung der Exposition der Bevölkerung in der Umgebung von digitalen Rundfunk- und Fernsehsendern	0,00
	342	Erstellung von nationalen Normen für Probeentnahmeverfahren, Messverfahren und den radiologischen Arbeitschutz im Strahlenschutz	0,00
	343	Entwicklung, Validierung und Bereitstellung eines atmosphärischen Ausbreitungsmodells für luftgetragene radioaktive Stoffe auf der Basis des Ausbreitungsmodells AUSTAL2000 der neuen TA-Luft.	0,00
	344	Messtechnische Erfassung der Exposition der Bevölkerung durch niederfrequente und hochfrequente elektromagnetische Felder, die beim Betrieb von Geräten entstehen.	19.000,00
	345	Verursachungswahrscheinlichkeit für strahlenbedingte Erkrankungen Teil: Prüfung von IREP	0,00
	346	*Erarbeitung einer Messmethode zur* Schnellbestimmung der spezifischen Aktivitäten natürlicher Strahler in "NORM"-Stoffen	25.605,02
	347	Erhöhung der Zuverlässigkeit der Eingabedaten für das Entscheidungshilfesystem RODOS	89.238,00
	348	Biologische Wirkungsmechanismen nach Mikrostrahlexposition von Einzelzellen	66.471,17
	349	Aktualisierung der topographischen Karten im Programmsystem LASAIR für die Zwecke der Nuklearspezifischen Gefahrenabwehr	0,00
	350	Bedeutung von Dosis- und Risiko-Grenzwerten für Langzeitsicherheitsanalysen von Endlagern radioaktiver Abfälle für die Demonstration der Einhaltung von Schutzzielen, die Zweckmäßigkeit bei der Verwendung in Genehmigungsverfahren und die Vermittelbarkeit	37.691,09
	351	Herstellung und Untersuchung definierter Thoron-Zerfallsprodukt-Referenzfelder zur Kalibrierung von Thoron-Zerfallsprodukt-Messgeräten	0,00
	352	Körperflächenbezogene UV-Dosimetrie solarer UV-Strahlung an Tagen mit durchbrochener Bewölkung (Ergänzende Untersuchungen zu StSch 4289)	0,00
	353	*Erweiterung des Programmsystems* LASAIR für die Zwecke des Notfallschutzes im Bereich der Kernreaktor-Fernüberwachung	20.385,84
	354	Datengewinnung aus dem Wismut-Gesundheitsdatenarchiv der BAuA nach Bedarf für die epidemiologischen Studien bei Wismut-Beschäftigten	0,00
	355	Globalansatz Untersuchung strahlenschutzrechtlicher Fragen, hier: Gutachten zu Fragen der Ausgabenerstattung für Messstellen nach § 41 Strahlenschutzverordnung und § 35 Röntgenverordnung	0,00
	356	Genetische Komponenten für Strahlenempfindlichkeit - Genexpression in *strahlenempfindlichen eineiigen Zwillingen*	0,00
	357	Untersuchung des Wirkungsmechanismus für die Veränderung des Wachstums von Brustkrebszellen unter dem Einfluss von Onkostatika und niederfrequenten Magnetfeldern	0,00
	358	Gesundheitseffekte von inkorporierten Nukliden bei Alphastrahlern	15.000,00
	359	Analyse von p53 abhängiger und p53 unabhängiger Reparatur strahleninduzierter DNA Brüche während verschiedener Stadien des Zellzyklus	46.558,00
	360	Norddeutsche Leukämie- und Lymphomstudie - Weiterführende Analyse	21.250,00
	361	Bearbeitung medizinisch-biologischer Fragestellungen zum Strahlenschutz in den Bereichen ionisierender Strahlung	15.859,13

Ergänzende Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Simone Probst vom 9. Mai 2005

Meine Antwort vom 25. April 2005 ergänze ich hiermit dahin gehend, die darin enthaltene Zusammenstellung mit den 361 aufgeführten Auftragsgegenständen um einen Auftrag zu erweitern:

Lfd. Nr.:	362
Auftragsgegenstand:	Mehrbarrierenkonzept
Zahlungen:	161 804,20 Euro.

51. Abgeordneter **Dr. Hans Georg Faust** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass das finnische Gesundheitsministerium die Familien-Bluttest-Kampagne des World Wide Fund for Nature (WWF) gestoppt hat, da das finnische Gesundheitsministerium diesen Test als medizinische Forschung eingestuft hat und eine erforderliche Genehmigung hierfür nicht vorlag (vgl. hierzu Environment Daily vom 9. Mai 2005), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus diesem Stopp der Familien-Bluttest-Kampagne des WWF's durch das finnische Gesundheitsministerium?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Simone Probst vom 13. Mai 2005

Im Herbst vergangenen Jahres stellte WWF eine Studie zur Chemikalienbelastung mit dem Titel „Bad Blood? A survey of chemicals in the blood of European Ministers" vor. Auf freiwilliger Basis hatten 14 Minister aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihr Blut untersuchen lassen; niemand war von Chemikalien unbelastet, wie Untersuchungen der Vertreter von Finnland bis Zypern, von Frankreich bis Ungarn aufzeigten.

WWF führt diese Analysen nunmehr fort und beabsichtigt jeweils Familien aus den Ländern Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Italien, Lettland, Polen, Spanien und Schweden in die Studie „Familien-Bluttests der Generationen" einzubeziehen. Das Blut wird auf über 100 potentiell gefährliche Chemikalien untersucht.

Der Bundesregierung sind die Gründe nicht bekannt, die das finnische Gesundheitsministerium veranlassten, die Untersuchungen in Finnland nicht durchführen zu lassen. Die Bundesregierung vermag daher die nur aus der Presse bekannte Entscheidung nicht zu kommentieren.

Die Bundesregierung begrüßt Studien, mit denen aufgezeigt werden soll, ob die Bevölkerung Europas ungewollt Chemikalien exponiert ist. Diesem Zweck dienen in Deutschland auch die im Rahmen der Umweltprobenbank durchgeführten Untersuchungen. Die Ergebnisse der Studien sind ein weiterer Beleg für die Notwendigkeit einer neuen Chemikalienpolitik in Europa. Erreicht werden soll der verbesserte Umwelt-, Gesundheits-, Verbraucher- und Arbeitsschutz mit der in Beratung befindlichen REACH-Verordnung.

52. Abgeordneter **Georg Girisch** (CDU/CSU)

Wie viele Gesetze und Rechtsverordnungen beabsichtigt die Bundesregierung im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Rahmen ihrer Bürokratieabbauinitiative zu streichen, und wie wird sich vor diesem Hintergrund die Entwicklung der in diesem Bereich einzuhaltenden Rechtsvorschriften im Vergleich zum Stand 1998 in absoluten Zahlen darstellen?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Simone Probst vom 18. Mai 2005

Zurzeit prüft das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in seinem Zuständigkeitsbereich den Normenbestand von 254 Gesetzen und Verordnungen auf zu bereinigende Vorschriften. Die im Ergebnis der Prüfung festgestellten Vorschriften werden entweder bei anstehenden Rechtsetzungsvorhaben oder zusammengefasst in einem Rechtsbereinigungsgesetz zur Aufhebung vorgeschlagen werden. Schon aus diesen Gründen lässt sich zumindest derzeit eine Entwicklung der in diesem Bereich einzuhaltenden Rechtsvorschriften nicht darstellen.

53. Abgeordneter **Kurt-Dieter Grill** (CDU/CSU)

Welche Kollektorfläche wäre konkret nötig (Angabe bitte in Quadratmetern) um 10 Prozent der heute weltweit eingesetzten Primärenergie aus fossilen Energieträgern durch Solarthermie bzw. Photovoltaik zu ersetzen, und wieviel Primärenergie müsste konkret eingespart werden (Angabe bitte in Steinkohleeinheiten), um 10 Prozent der heute weltweit eingesetzten Primärenergie aus fossilen Energieträgern zu ersetzen?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Simone Probst vom 17. Mai 2005

Auf der Basis des Welt-Primärenergieverbrauchs aus dem Jahre 2002 entsprechen 10 Prozent Reduktion etwa 34 000 PJ (Quelle: IEA, Renewables Information, Edition 2004). Ein Ersatz von 10 Prozent des Welt-Primärenergieverbrauchs durch Solarthermie, Photovoltaik und solarthermische Kraftwerke ist nach den derzeit verfügbaren Ausbauszenarien für erneuerbare Energien frühestens im Zeitraum 2040/2050 realistisch. Auch aufgrund der weltweiten Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Technologieförderung von Photovoltaik und Solarthermie werden bis dahin wesentliche Fortschritte erzielt werden. Durch Effizienzverbesserung, z. B. einer Verdoppelung der Wirkungsgrade von Photovoltaikzellen bis 2050 wird sich künftig die in Anspruch genommene Fläche bei gleicher Solarenergieleistung deutlich verringern. Neben Photovoltaik und Solarthermie ist insbesondere das hohe Potenzial der Nutzung solarthermischer Kraftwerke in Weltregionen mit direkter Sonneneinstrahlung für die Strom- und Wärmebereitstellung zu beachten. Auf der Basis des heutigen Technologiestandes und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen solaren Leistungen in verschiedenen Weltregionen wären zwischen ca. 1 und 2 Mio. Hektar Solarkollektorfläche (entspricht etwa 0,06 bis 0,13 Promille der globalen Landesfläche) oder zwischen 5 000 und 11 000 GWp Photovoltaik (entspricht etwa 0,2 bis 0,4 Promille der globalen Landesfläche) rechnerisch nötig, um 10 Prozent der weltweiten Primärenergie aus fossilen Energieträgern zu ersetzen. Eine Einsparung von 10 Prozent der weltweit eingesetzten Primärenergie aus fossilen Energieträgern entspricht 1 160 Mio. Tonnen Steinkohleeinheiten.

54. Abgeordneter **Kurt-Dieter Grill** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, in seiner Broschüre „Obrigheim – Magazin zum Abschalten“ (vgl. S. 5) indirekt unterstellte Behauptung, die friedliche Nutzung der Kernenergie, so auch die in Deutschland, sei mitverantwortlich für die Todesopfer im Irak-Krieg, und wenn ja, welche konkreten Versäumnisse sieht die Bundesregierung vor diesem Hintergrund bei der Arbeit der International Atomic Energy Agency?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Simone Probst vom 17. Mai 2005

Es gibt, und darauf weist die Broschüre richtigerweise hin, einen Zusammenhang zwischen der Nutzung der Atomenergie und sicherheitspolitischen Risiken. Deshalb setzt sich die Bundesregierung auf der laufenden Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag nachhaltig dafür ein, dass ein Missbrauch zivil genutzter Atomenergie für militärische Zwecke so wirksam wie möglich verhindert wird.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

55. Abgeordneter **Dr. Rainer Stinner** (FDP)

Welche Projekte mit welchen Mitteln werden von der Bundesrepublik Deutschland in Albanien unterstützt?

Antwort des Staatssekretärs Erich Stather vom 18. Mai 2005

Die Bundesregierung hat im Zeitraum von 1988 bis 2005 Albanien Mittel im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit einem Gesamtvolumen von rd. 383,7 Mio. Euro zugesagt. Allein im Jahr 2004 wurden rd. 15,25 Mio. Euro bereitgestellt, 2005 sind es rd. 12,5 Mio. Euro. Die Schwerpunkte sind die Wasserversorgung bzw. Abwasserentsorgung in einzelnen albanischen Kommunen, die Energieversorgung (u. a. durch die Sanierung von Wasserkraftwerken sowie den Ausbau des Verteilersystems) und die Stärkung marktwirtschaftlicher Strukturen (u. a. durch die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen). Die Projekte sollen der Heranführung Albaniens an EU-Standards dienen.

Neben der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit fördert die Bundesregierung im Rahmen des Stabilitätspakts Südosteuropa Projekte zur Stärkung der Zivilgesellschaft mit den Schwerpunkten interreligiö-

ser Dialog, Stärkung der Rolle der Frau sowie die Förderung der Universitäten.

56. Abgeordneter **Peter Weiß (Emmendingen)** (CDU/CSU)

Was sind nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Gründe für die Tatsache, dass nach Aussage des Sondergesandten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und Leiters der Mission der Vereinten Nationen für die Stabilisierung in Haiti, Juan Gabriel Valdés, die im Rahmen der internationalen Geberkonferenz für Haiti am 20. Juli 2004 zugesagten internationalen Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 1,4 Mrd. US-Dollar bisher nur zu höchstens 10 Prozent in Haiti angekommen sind (vgl. „E + Z Entwicklung und Zusammenarbeit“ 4/2005, S. 139), und wie viel der zugesagten Finanzhilfen der Europäischen Union in Höhe von 325 Mio. US-Dollar zur Unterstützung einer nachhaltigen politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung sind bereits nach Haiti geflossen?

Antwort des Staatssekretärs Erich Stather vom 19. Mai 2005

Nach Auffassung der Bundesregierung ist es entscheidend, dass die internationale Gemeinschaft die haitianische Übergangsregierung dabei unterstützt, die schwierige Lage der Menschen spürbar zu verbessern und die Sicherheitslage zu stabilisieren, um einem gewaltfreien, demokratischen Wahlprozess im Herbst dieses Jahres überhaupt eine Chance zu geben. Es ist richtig, dass die bei der internationalen Geberkonferenz in Washington zugesagten Finanzhilfen an Haiti bisher nur zu einem geringen Teil abgeflossen sind. Nach Auffassung der Bundesregierung und der Mehrheit der internationalen Geber liegt dies zu einem erheblichen Teil an den Kapazitätsengpässen der haitianischen Institutionen. Die Geber sind im Rahmen des Möglichen bemüht, diese Engpässe zu verringern und den Mittelabfluss zu beschleunigen. Es gibt jedoch faktische Grenzen für einen verantwortbaren Mittelabfluss, was auch von der EU-Kommission klar gesehen wird. Nach Angaben von Europe Aid sind zwar bisher gut die Hälfte (151,5 Mio. Euro) der in Washington in Aussicht gestellten EU-Finanzmittel (271 Mio. Euro) bewilligt worden, aber nur etwa 0,37 Mio. Euro tatsächlich abgeflossen. Neben den erwähnten Kapazitätsengpässen auf haitianischer Seite liegt dies auch an den aufwändigen Verfahren der EU. Die Bundesregierung wird sich in Brüssel weiter dafür einsetzen, dass die EU den Abfluss der bereits bewilligten Gelder beschleunigt.

Berlin, den 20. Mai 2005

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333